Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos Heinrichs. — Anholt: W. Wolfing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Postversandort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Nummer 159 | Freitag, den 10. Juni 1932 | Jahrgang 1932

Das Programm des Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl.

Verfassungsreform, aber keine Wiederaufrichtung der Monarchie. Gegen den Vorwurf der reaktionären Einstellung des Kabinetts.

Eine Rede vor dem Reichsrat

× **Berlin**, 9. Juni.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittag seine übliche wöchentliche Vollsitzung ab, der diesmal aber deshalb besondere Bedeutung zukam, weil der neue Reichsinnenminister, Freiherr v. Gayl, die Gelegenheit benutzte, um sich als neuer Vorsitzender des Reichsrates vorzustellen.

Da bekannt geworden war, daß der Minister über die Begrüßungsworte hinaus auch zu größeren politischen Ausführungen das Wort nehmen würde, war der Andrang zu der Reichsratssitzung außerordentlich stark. Sie wurde, wie es auch bisher schon wiederholt bei außerordentlichen Anlässen der Fall gewesen ist, in den größten Ausschußsaal des Reichstages verlegt.

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl

führte nach einleitenden persönlichen Worten der Erinnerung und des Dankes an die Mitglieder des Reichsrates, dem der Minister fast beinahe elf Jahre als Bevollmächtigteer seiner Heimatprovinz Ostpreußen angehört hat, aus, daß ihn nicht Ehrgeiz und Machthunger zur Uebernahme des Ministerpostens getrieben hätten, sondern einzig und allein das Gefühl der Pflicht, in dieser Notzeit dem Rufe des Reichspräsidenten zu folgen. Ich war umso überraschter von diesem Ruf, als ich seit genau einem Jahre nicht mehr die Ehre und die Freude gehabt hatte, den Herrn Reichspräsidenten zu sehen und zu sprechen, mit dem mich vom Kriege her das Gefühl tiefster persönlicher und vaterländischer Verehrung verbindet. Es ist mir eine besondere Ehre und Freude, der Minister zu sein, dem die Pflege der Beziehungen zu den deutschen Ländern vornehmlich obliegt und der in erster Reihe berufen ist, unter Ihnen den Vorsitz zu führen. Seien Sie überzeugt, daß ich von dieser Pflicht tief durchdrungen bin und erhalten Sie mir in meiner neuen Stellung gegenüber dem Reichsrat das Vertrauen, das Sie mir als Mitglied unter Ihnen bisher so freundschaftlich bewiesen haben. Ich habe erkannt, daß die stärksten Kräfte unseres Volkes in dem Heimatboden und der Liebe zur angestammten Heimat wurzeln, daß die Eigenart der deutschen Stämme etwas Heiliges ist, was des Verständnisses und liebevoller Pflege bedarf und daß der kulturelle Hochstand unseres Volkes nicht der Befruchtung von einer Zentrale, sondern der Mannigfaltigkeit des Lebens in den einzelnen deutschen Ländern sein Dasein verdankt.

Wir werden daher die Eigenart des Eigenlebens der deutschen Länder selbstverständlich nicht antasten. Für Preußen erwarten wir besonders das rasche Zustandekommen einer verfassungsmäßigen Regierung, von der wir hoffen, daß sie in den großen Fragen der Nation mit der Reichsregierung übereinstimmen und in lebendiger Fühlung mit uns arbeiten wird.

Aus dieser Ueberzeugung heraus werde ich die Aufgabe der Reichsreform anfassen. Es ist noch nicht die Zeit gegeben, auf diesem Gebiet eine Stellungnahme der Reichsregierung auszusprechen. So dringend diese Reform auch ist und so sehr sie zusammenhängt mit den notwendigen Maßregeln zur Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung, so liegen heute dringendere Aufgaben vor, deren Lösung die Stunde gebieterisch fordert. Das bedeutet kein Aufschieben auf die lange Bank. Die Reichsregierung kann aber die dringenden Fälle ihrer Aufgaben nur schrittweise lösen. Das gleiche gilt von der Verfassungsreform.

Die Weimarer Verfassung, die Grundlage unseres öffentlichen Lebens, deren Hüter ich als Reichsinnenminister pflichtgemäß bin, ist seit ihrem Bestehen vielfach durch die Gesetzgebung durchlöchert und nach unbestrittener Ansicht weitester Kreise aller politischen Richtungen reformbedürftig.

Verfassungen sind nicht starre Ideale, sondern lebendige Wesen und der Entwicklung unterworfen. Wir werden auch an diese Aufgabe mit Ernst und Eifer herangehen. Zweierlei aber muß ich in diesem Zusammenhang besonders betonen:

Das Gerede von einer geplanten Aenderung der Verfassung in der Richtung der Wiederaufrichtung der Monarchie ist ein törichtes und darum schädliches Geschwätz.

Ich würde mir erbärmlich vorkommen, wenn ich auf dem Ministersessel versuchen würde, meine persönliche, nicht nur angeborene und anerzogene, sondern in langen Jahren auch selbst erworbene Ueberzeugung zu verleugnen, daß ich die Monarchie für die angemessenste Staatsform für ein Volk inmitten des Herzens von Europa halte und daß ich, geschichtlich gesehen, mit der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses um das deutsche Volk stets dankbar bewußt bin. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein die Frage der Staatsform, Republik oder Monarchie, keine Frage ist, die unsere Zeit, geschweige denn die gegenwärtige Reichsregierung, zu lösen habe. Wir sind mit dem ganzen Volk heute so mit Lasten und Nöten schwerster Art beladen, daß wir erst versuchen müssen, dieser Bürden ledig zu werden, ehe wir überhaupt die Möglichkeit haben, uns mit der Staatsform zu befassen. Höher als die Form steht der Staat der Deutschen, den zu retten unsere einzige Pflicht ist.

Ich denke als Verfassungsminister nicht daran, unser Volk durch Aufrollung der Frage der Staatsform in neue Verwirrung zu bringen und ich verbitte mir deutlich jeden Zweifel an meiner in die Hand des Herrn Reichspräsidenten gelobten Verfassungstreue. So wie ich denken der Herr Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts unter bewußter und pflichtgemäßer Hintansetzung aller persönlichen Anschauungen und Gefühle.

Zum Zweiten ein Wort über die angebliche reaktionäre Einstellung des Kabinetts und meiner Person. Wir müssen die nun einmal in der Oeffentlichkeit erfolgte Abstempelung als reaktionär mit Würde und einem gewissen Humor tragen, bis das deutsche Volk einmal erkennt, wie falsch diese Kennzeichnung gewesen ist. Wir stehen alle im Leben und sind bis zu dieser Stunde in Verbindung gewesen mit dem Leben unseres Volkes und gedenken es auch zu bleiben. Wir wissen, daß man Vergangenes nicht wieder herstellen kann, wie man Ruinen nach alten Plänen und Bildern wieder aufbaut. Ein Volk ist ein Lebewesen, das sich täglich zum Leben weiter entwickelt und das niemals stillstehen oder sich zurückentwickeln kann zu einem gewesenen Zustand. Wir wollen helfen, daß unser Volk lebt und einer besseren Zukunft entgegengeht. Darum wollen wir einen organischen Fortschritt und keinen Rückschritt. Wir tragen bei dieser Arbeit nicht die uns angedichteten Scheuklappen. Wir sind keine Vertreter einseitiger Standes- oder Berufsinteressen, sondern Reichsminister, deren Sorge und Liebe jedem einzelnen Volksgenossen gehört, erwachsen aus der Liebe zu unserem Volk und unserem Vaterlande. Zu den tiefsten und schönsten Erlebnissen meines Lebens gehören die Zeiten, in denen ich im Kriege monatelang mit deutschen Männern aller Klassen und Berufe den Unterstand teilte und die Tage der Volksabstimmung in Allenstein, in denen ich Führer eines in sich über alle sonstigen Schranken hinweg einigen Volkes zu sein das große Glück hatte. Wenn ich je eine Binde vor den Augen getragen habe, so ist sie in jenen Zeiten gefallen, in denen ich das hohe Erleben hatte, daß der Heimat ärmster Sohn auch ihr treuester war, ohne Rücksicht auf seine politische oder berufliche Einstellung. Damals reifte in mir eine warme Liebe auch zu den ärmsten und am schwersten sich durchs Leben schlagenden Volksgenossen, die für mein Leben Bestand haben wird. Wie ich, denkt die ganze Regierung.

Wir wissen, daß wir unser Volk nur erhalten können, wenn wir in warmer Liebe uns einsetzen für das richtig verstandene Wohl der breiten arbeitnehmenden Massen. Wir müssen dabei in den Kauf nehmen, daß manche Maßnahme zunächst wenig volkstümlich sein und mißverstanden werden wird.

Das kann uns nicht hindern, unsere Pflicht zu tun. Wir tun sie aber, getragen von heißer Liebe zu allen Volksgenossen, mögen sie diese Liebe erwidern oder nicht. Gleichmäßige Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Strömungen, die sich bei ihrer Betätigung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten, ist unsere vornehme Aufgabe. In diesem Sinne wird eine Neuordnung der Vorschriften über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in den nächsten Tagen erfolgen, welche die Bestimmungen über Versammlungen und Aufzüge, die Presse und die militärähnlichen Organisationen unter Milderung des bestehenden Zustandes regelt.

Ueber Einzelheiten kann ich erst sprechen, wenn der Entwurf die Billigung des Herrn Reichspräsidenten gefunden haben wird. Das Kabinett geht dabei von der Ansicht aus, den Wahlvorbereitungen der politischen Gruppen Freiheit zu lassen, damit in der auf den 31. Juli festgesetzten Wahl der Wille unseres Volkes unzweideutig zum Ausdruck kommen kann. Ich gebe dabei der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß alle Kreise unseres Volkes sich der staatsbürgerlichen Pflicht bewußt sein werden, ihr Tun im Rahmen der Gesetze zu halten und Gewalttätigkeiten und rohe Verunglimpfungen ihrer andersdenkenden Mitbürger zu unterlassen. Ich will aber als Innenminister keinen Zweifel darüber lassen, daß ich, wenn diese Erwartung sich nicht erfüllen sollte, die öffentliche Ruhe und Ordnung mit allen Machtmitteln des Staates zu schützen den Willen und die Nerven habe.

(Fortsetzung nächste Seite.)

Umtaufe der Beschäftigungssteuer.

Im übrigen übernimmt das Kabinett von Papen die vorbereitete Notverordnung des Kabinetts Brüning.

Bewegung der Länder gegen die Reichskommissar-Pläne.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: **Berlin**, 9. Juni (Drahtb.)

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hat in der Sitzung des Reichsrates über Einzelheiten der geplanten Maßnahmen des Reichskabinetts keine Klarheit geschaffen. Er sprach nur von dringlichen Aufgaben, die gelöst werden müssen. Soweit sich die Lage überblicken läßt, bestehen diese Aufgaben in dem Erlaß von neuen Steuernotverordnungen. Die Arbeiten der neuen Reichsregierung zum Erlaß der Notverordnung über die finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen zögern sich länger hinaus, als es anfänglich angegeben worden ist. Man hatte sich innerhalb der Reichsregierung augenscheinlich bemüht, um sich wenigstens in einem Punkt von der seitherigen Reichsregierung zu unterscheiden, aus der zu erlassenen Notverordnung einen Teil der von dem früheren Reichskabinett vorgesehenen steuerlichen Belastungen herauszulassen. Das Kabinett von Papen ist aber jetzt offenbar zu der Erkenntnis gekommen, daß die vom Kabinett Brüning sorgfältig vorbereitete und aufs klarste durchdachte Notverordnung in keinem wesentlichen Punkte umzuändern ist. Die Reichsregierung, die ihre Tätigkeit damit einleiten zu sollen glaubte, daß es nun, wie es in der ihr nahestehenden Presse mit besonderer Genugtuung hervorgehoben wurde, mit der Steuermacherei ein Ende haben sollte, ist jetzt zu der Erkenntnis gekommen, daß es ohne neue Steuern nicht geht.

Außer der bereits angekündigten Verlängerung der Bürgersteuer bleibt es jetzt bei der Beschäftigungssteuer, und zwar in der gleichen Höhe von 1½ Prozent, wie sie in der vorbereiteten Notverordnung des Kabinetts Brüning enthalten war.

Nur in einem Punkte unterscheidet sich die Beschäftigungssteuer von dem Brüningschen Vorschlag, sie soll einen anderen Namen erhalten. Statt Beschäftigtensteuer soll sie jetzt Abgabe der Festbesoldeten heißen. Dieser Unterschied wird sich allerdings für die davon Betroffenen in keiner Weise fühlbar machen.

Inzwischen dürfte auch der Versuch von Papens, auf dem Umwege der Ernennung eines Reichskommissars für Preußen die preußische Polizei in die Hände des Reichswehrministers zu bringen, endgültig gescheitert sein. Nachdem die preußische Regierung aus eigener Kraft den preußischen Haushaltsplan ins Gleichgewicht gebracht und nachdem sich namentlich aus süddeutschen Ländern Widerspruch gegen das Eingreifen der Reichsregierung in das Eigenleben der Länder geltend gemacht hat, tut man jetzt bei der Reichsregierung so, als hätte es sich garnicht um ernst zu nehmende Pläne gehandelt. Man sucht den Eindruck zu erwecken, als ob es sich dabei lediglich um mehr oder minder lose Erwägungen gehandelt habe. Aber

dieses nachträgliche Abrücken der Reichsregierung von dem Plan der Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen dürfte in erster Linie dazu bestimmt sein, bei den bevorstehenden Besprechungen des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder gut Wetter vorzubereiten.

Nachdem der Reichskanzler von Papen in den letzten Tagen bereits die preußischen Minister Hirtsiefer und Klepper empfangen hat, wird er am Samstag nachmittag die Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg, Sachsen, Hessen, Thüringen und Baden empfangen, und zwar in Einzelbesprechungen. Daß dabei mit den Ministerpräsidenten der Länder, namentlich der süddeutschen Länder, die Schaffung eines Reichskommissars für Preußen, die ja möglicherweise auch für die übrigen deutschen Länder zu Folgerungen hätte führen können, zur Sprache gebracht wird, darf man ohne weiteres annehmen. Die Bemerkung des Reichsinnenministers von Gayl in der Sitzung des Reichsrates, daß die Reichsregierung nicht beabsichtige, die selbständigen Rechte der Länder anzutasten, dient offenbar auch dem Zweck, die Beunruhigung in den Ländern über die ursprünglichen Absichten der Reichsregierung zu beschwichtigen.

★

Ein Schritt der süddeutschen Länder.

⊙ **Karlsruhe**, 9. Juni.

Die heute in Karlsruhe versammelten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder, Bayern, Württemberg und Baden haben an den Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg nachstehendes Telegramm gerichtet:

Die unterzeichneten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden bitten den Herrn Reichspräsidenten um einen Empfang anläßlich der Konferenz der Ministerpräsidenten am nächsten Samstag oder Sonntag.

gez. Dr. Held, Dr. Bolz, Dr. Schmitt."

Der Reichskanzler wurde von dem Telegramm verständigt.

Tagesfragen.

Die Preußenfrage. Die meisten Regierungen in den deutschen Ländern sind heute nur geschäftsführende Regierungen. Sie haben keine Koalition, keine im Hinblick auf die Regierung verpflichtete Parteienmehrheit hinter sich. Hieran hat offensichtlich die neue Reichsregierung, insonderheit Reichskanzler von Papen, Anstoß genommen. Er hat es als seine Pflicht angesehen, zunächst bei dem größten deutschen Land, bei Preußen, auf die Beseitigung des geschäftsführenden Staatsministeriums einzuwirken. Daß sein Schreiben an den Landtagspräsidenten Kerrl der richtige Weg dazu war, erscheint zum mindesten zweifelhaft. Uns dünkt, daß das geschäftsführende preußische Kabinett mit Recht dagegen protestiert und mit gutem Grund darauf hingewiesen hat, daß sich der Verkehr zwischen Reich und Ländern, wie es sonst immer der Fall gewesen ist, von Regierung zu Regierung abzuspielen habe. Wenn der Reichskanzler in einem Schreiben an den Minister Hirtsiefer, der als dienstältester Minister den beurlaubten Ministerpräsidenten Braun vertritt, zum Ausdruck gebracht hat, daß er bereit sei, dem preußischen Wunsch gemäß zu verfahren, daß er sich aber vorbehalten müsse, in ähnlich gelagerten Fällen sich an den preußischen Landtagspräsidenten direkt zu wenden, so sieht das etwas sehr nach Rechthaberei aus. Jedenfalls stimmen sowohl in dieser Hinsicht wie auch in der Frage des Reichskommissars, der Preußen drohte, wenn die Regierung den Etatsausgleich durch die Verkündigung neuer Steuern auf Grund der sogenannten Dietramszeller Notverordnung des Reichspräsidenten über die Sicherung des Haushalts der Länder und Gemeinden nicht geschaffen hätte, die Regierungen der süddeutschen Länder und auch Sachsen völlig mit der preußischen Staatsregierung überein. Sie wehren sich gegen die Einmischung des Reichskanzlers in eine reine Landesangelegenheit, und ihre Ministerpräsidenten, die am Samstag nach Berlin kommen, werden sowohl dem Reichspräsidenten als auch Herrn von Papen ihre diesbezügliche Meinung sicher sehr klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Ein Reichskommissar, das dürfte ihre Meinung sein, kann nur dann für ein Land in Frage kommen, wenn von ihm dem Reiche Gefahr droht. Auf keinen Fall aber darf, wenn sich im Landtag eines deutschen Landes keine Mehrheit zur Bildung einer Regierung findet, das Reich Druckmittel irgendwelcher Art anwenden, um solche Mehrheitsbildung zu erzwingen, um eine verfassungsmäßig zu Recht amtierende geschäftsführende Regierung durch einen Reichskommissar zu ersetzen, sofern nicht eben ein dem Artikel 48 entsprechender Notzustand vorhanden ist, d. h., nur wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt. Davon konnte aber im Falle Preußen nicht die Rede sein. Was nun die Bemühungen des Reichskanzlers um die preußische Regierungsbildung anlangt, so scheint es nicht, als wenn er damit Erfolg hätte. Jedenfalls ist man bisher damit noch nicht weitergekommen. Da stehen erstens die bevorstehenden Reichstagswahlen mit der dazu gehörigen Kampfstimmung im Wege, zweitens aber bildet die Forderung der Nationalsozialisten, daß nur ein Mann ihrer Partei als Ministerpräsident in Frage kommen könne, ein Hindernis, an dem nicht etwa nur das Zentrum, sondern auch die Deutschnationalen Anstoß nehmen, und zwar deswegen, weil die Nationalsozialisten, wenn sie Ministerpräsident und Landtagspräsident stellen, die Mehrheit in dem sogenannten Dreimännerkollegium erhalten, also in der Lage sind, das Parlament abermals aufzulösen. Die „Frankfurter Zeitung" macht nun den Vorschlag, den Streitpunkt dadurch aus der Welt zu schaffen, daß die Machtbefugnisse des Dreimännerkollegiums an die Voraussetzung der Einstimmigkeit gebunden werden. Das Blatt glaubt versichern zu können, daß dieser Fall auf beteiligter Seite ernsthaft in Betracht gezogen werde, und es ist gewiß richtig, daß dann die Frage, wer Ministerpräsident wird, wenigstens einen Teil ihrer überragenden Bedeutung verlieren würde. Praktisch würde es bedeuten, daß der Preußische Landtag nicht ohne Zustimmung des Präsidenten des Staatsrats, also des Oberbürgermeisters Adenauer, aufgelöst werden

Aufhebung der amtlichen Wohnungswirtschaft.

Von unserer Berliner Redaktion.

● **Berlin**, 9. Juni. (Drahtb.).

Die Reichsregierung beabsichtigt, wie zuverlässig verlautet, eine grundlegende Aenderung der Wohnungspolitik vorzunehmen. Die amtliche Wohnungswirtschaft soll sobald wie möglich vollständig aufgehoben werden und die Bautätigkeit der privaten Initiative überlassen werden. Auch auf jede amtliche Förderung des Wohnungsbaues soll verzichtet werden. Es ist infolgedessen damit zu rechnen, daß die Wohnungsabteilung des Reichsarbeitsministeriums in Kürze aufgehoben wird.

könnte. Aber es ist zweifelhaft, ob das verfassungsändernde Gesetz, das zur Festsetzung der Einstimmigkeit notwendig wäre, im Preußischen Landtag durchgeht. Auch wenn die Nationalsozialisten, das Zentrum, die Deutschnationalen und die kleineren bürgerlichen Gruppen geschlossen für die Verfassungsänderung stimmen würden, so könnten doch die Sozialdemokraten die Beschlußfassung leicht durch ihre Nichtteilnahme an der Abstimmung verhindern. Denn Voraussetzung für eine Verfassungsänderung ist, daß mindestens zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtages anwesend sind und von den Anwesenden mindestens zwei Drittel zustimmen. Ein Teil der Sozialdemokraten müßte aber schon wenigstens an der Sitzung teilnehmen, wenn die nötige Anwesendenziffer erreicht sein soll. Ob sich die Sozialdemokraten hierzu bereit finden, ist sehr zweifelhaft.

★

Freigabe des Rundfunks für die Parteien. Zu den heftigst vorgebrachten Forderungen der Nationalsozialisten in den letzten Wahlkämpfen gehörte die Freigabe des Rundfunks für ihren Parteiführer Adolf Hitler. Diesem Wunsche will Reichsinnenminister Freiherr von Gayl in der Form stattgeben, daß er durch einen Erlaß die Benutzung des Rundfunks durch die politischen Parteien außer den Kommunisten während des Wahlkampfes regelt. Hier steht also eine Abkehr von den bisherigen Bestimmungen bevor. Bislang stand der Rundfunk bekanntlich wohl den Vertretern der Reichs- und Länderregierungen zur Verfügung, aber für die Wahlpropaganda der Parteien war er nicht frei. In den Reden, die der Reichspräsident von Hindenburg, der Reichskanzler Dr. Brüning und der Ministerpräsident Dr. Braun während der letzten Wahlkämpfe im Rundfunk gehalten haben, sah man auf nationalsozialistischer Seite eine einseitige Wahlpropaganda. Obwohl die Reden dieser Männer durchaus sachlich waren, obwohl Hindenburg und Braun sich darauf beschränkten, Rechenschaftsberichte ohne agitatorisches Nebenwerk abzulegen, und Brüning für sein Eintreten für die Wiederwahl des Reichspräsidenten das überragende außen- und innenpolitische Interesse des Reichs an ihr anzuführen berechtigt war, zwingt doch der Wille zur Objektivität zu der Feststellung, daß immerhin der Ausschluß der Gegenseite von der Benutzung dieser öffentlichen Einrichtung einen propagandistischen Nachteil für die Opposition bedeutete. Wird aber dafür gesorgt, daß Parteireden im Rundfunk sich von agitatorischer Verhetzung, von Beleidigungen und Verleumdungen des parteipolitischen Gegners frei halten, dann kann man sich mit der Freigabe des Radios für die Parteien wohl abfinden. Und diese Gewähr soll nach wie vor gegeben sein. Man kann das aus folgendem entnehmen: Die nationalsozialistische Hörerorganisation, der „Reichsverband deutscher Rundfunkteilnehmer", hat beim Reichsinnenminister die Genehmigung für einen Vortrag Adolf Hitlers nachgesucht. Der Reichsinnenminister hat dazu erklärt, daß er grundsätzlich keine Bedenken dagegen habe, aber die Antragsteller auf den üblichen Weg der Anfrage bei der betreffenden Sendegesellschaft verwiesen, der die Vorlegung des Vortragsmanuskripts und die Entscheidung durch den zuständigen Ueberwachungsausschuß vorsieht. Die Rede Hitlers über die Staatsidee des Nationalsozialismus ist für Dienstag abend auf der Deutschen Welle vorgesehen. Hitler wird entsprechend der Erklärung des Reichsinnenministers sein Manuskript vorher dem Ueberwachungsausschuß zur Einsicht vorlegen. Wir hoffen, daß im Reichstagswahlkampf auch die Führer des Zentrums, insbesondere Kaas, Brüning und Stegerwald, von der Gelegenheit, sich im Rundfunk an die deutschen Hörer zu wenden, ausgiebigen Gebrauch machen werden, und daß im übrigen von dem Ueberwachungsausschuß bei regierungsfreundlichen wie oppositionellen Rednern streng mit gleichem Maßstab, mit gleichem Bestreben um Objektivität verfahren wird.

★

Ein „deutscher Katholik". Der von einem „deutschen Katholiken" in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" veröffentlichte Artikel „Das Geheimnis der Linksorientierung der Zentrumspartei", der eine ausgesprochen antiklerikale Gedankenflucht offenbarte und massive Angriffe auf das Zentrum, auf Pater Friedrich Muckermann, auf den als Redner bestens bekannten „Ruhrkaplan" Dr. Karl Klinkhammer, auf den katholischen Klerus überhaupt und insbesondere auf die „Nonnenschulen" enthielt, findet in der „Westfälischen Volkszeitung", dem Bochumer Zentrumsorgan, eine nach der persönlichen Seite hin besonders interessante Beleuchtung. Man fragt sich natürlich, wer ist dieser „katholische Akademiker", der einem Pater Muckermann vorwirft, daß er der erste sein werde, „der sich mit dem Bolschewismus arrangiert, wenn die Teufelei nur zur Macht kommt", der verärgert ist über die „Flut von Nonnenschulen", die sich über das Land ergossen habe, der dem Klerus „Macht und Besitzkoller" vorwirft und von ihm behauptet, daß er dem „Geistgehalt" des kirchlichen Christentums meist fremd gegenüberstehe, daß ihm die „Sicherung seiner Tempeltaxen und Einkünfte seine erste und letzte Sorge zu sein" scheine? Wer ist dieser Mann, der es wagt, sich als „deutschen Katholiken" hinzustellen, und unter dieser Maske in der für Angriffe auf den Katholizismus stets sehr zugänglichen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" ungehemmt seinem antirömischen Affekt die Zügel schießen läßt? Das genannte Bochumer Blatt erklärt, aus jedem Satze des Artikels schaue das Gesicht dieses „deutschen Katholiken" heraus, sein geschraubter, in geistreichelnden Formulierungen sich pfauenhaft spreizender, aber den Gehalt verflüchtigende Stil sei ihm anderswoher sattsam bekannt. Was dort als vielfach über das erträgliche Maß hinausgehende Kritik über allerlei Dinge, Verhältnisse und Menschen aus autosuggestivem Glauben an höhere Sendung und Begnadigung der staunenden, über merkwürdig unempfänglichen Welt vorgeschmettert worden sei, das kehre z. T. schärfer, pikanter, in einer dem Leserkreis der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" angeglichenen, in kulturkämpferischer Sauce eingetunkten Aufmachung wieder. Man entwickele sich ja auch! Wie könnte einer auch drei Monate lang dieselbe kulturelle, wirtschaftliche, politische Anschauung festhalten! Der stände ja nicht im Fluß des Zeitgeschehens und müßte den „Ewig-Gestrigen" beigezählt werden. Und der Mensch habe seinen Geltungstrieb! Gelte man in einem gewissen Kreise in dem Maße nicht mehr, in dem man im Plane der Weltvernunft nach eigenem, angequältem Glauben gewertet sei, habe man seine leuchtenden Gedankenraketen verknallt, die das Auge einen Augenblick blenden, aber dann vom Dunkel verschlungen werden und die Geruchsorgane lästig affizieren, ja, dann müsse man weiter, müsse sein Podium in einer andern Gesellschaft unter Anwendung allerlei Verwandlungskünste und diplomatischer Kniffe etablieren, um hier den ersehnten Ersatz und Trost für die „verkannte Größe" zu finden. Das Bochumer Blatt meint, man könne diesen „deutschen Katholiken" heilen, wenn er die Diagnose des Facharztes anerkennen und sein Rezept ausprobieren wollte. Schön habe einmal Studiendirektor Minn in Wattenscheid in der „Allgemeinen Rundschau" Nr. 4 1931 dieses Rezept angegeben: „Zur katholischen Aktion untauglich sind alle Christen, die noch irgendwie von kleinlichem Geltungstrieb besessen sind und das arme Karusselfahren um Anerkennung noch nicht verlernt haben. Wer sich in den Dienst des großen Königs begibt, muß das Stirb und Werde des Weizenkorn-Gleichnisses Jesu Christi begriffen haben ... Vor allem muß geduldiges Wirken an der Heilighaltung und Läuterung des eigenen Wesens vorangehen ..." Daß dies, bemerkt hierzu die „Westfälische Volkszeitung", der „deutsche Katholik" in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" vergessen konnte! — Wir beschränken uns darauf, diese Bemerkungen hier ohne weiteren Kommentar wiederzugeben.

Die neue preußische Notverordnung.

Weitere Einzelheiten.

:; **Berlin**, 9. Juni.

Der Amtliche Preußische Pressedienst veröffentlicht heute den Wortlaut der Verordnung zur Sicherung des Haushalts, dessen Hauptinhalt wir bereits gestern bekanntgegeben haben. Ergänzend darf noch hinzugefügt werden, daß zu den Dienstbezügen, die für Ledige und kinderlos Verheiratete vom 1. Juli ab um 5 Prozent und für die übrigen Beamten und Angestellten um 2½ Prozent gekürzt werden, auch alle Ausgleichszulagen, Sondervergütungen und Nebenbezüge gehören. Ferner unterliegen auch die Versorgungsbezüge, zu denen Wartegelder, Uebergangsgelder, Ruhegehälter und Witwen- und Waisengelder gehören, ebenfalls der Kürzung.

Ausgenommen von der Kürzung

sind Kinderbeihilfen, Aufwandsentschädigungen, Reisekostenvergütung, Fahr- und Zehrkosten, Beschäftigungstagegelder, Umzugsvergütungen, Kinderzulagen, Wohnungsbeihilfen, Dienstkleidungsdienstzuschüsse, Nachtdienstzulagen, einmalige Dienstbelohnungen und einmalige Versorgungsbezüge der Polizeibeamten, soweit sie unabhängig von den Gehaltsbezügen in einer bestimmten Summe bezahlt werden, ferner die Zulage zu den Uebergangsgebührnissen der Polizeibeamten, das Gnadenvierteljahr, die Veteranenbeihilfen, die Vergütungen für Beamte, die zur Probedienstleistung einberufen sind, Vergütungen der Höchstlehrer, Unterhaltungszuschüsse und anderes mehr. Die Einbehaltung wird an den Bezügen vorgenommen, die den Bezugsberechtigten ohne Rücksicht auf die Gehaltskürzungen zustehen würden. Für

Ruhegehaltsempfänger, Witwen und Waisen,

deren Bezüge der Regelung nach § 2 der dritten Gehaltskürzungsverordnung unterliegen, tritt diese Verordnung mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 in Kraft. Eine Verzinsung der einbehaltenen Bezüge, die fünf Jahre nach der Fälligkeit zur Auszahlung gelangen, findet nicht statt. Die Einbehaltungsbestimmungen finden keine Anwendung auf die Beamten der Schutzpolizei, Landjägerei, Kriminalpolizei und die von der Aufsichtsbehörde bestätigten Polizeivollzugsbeamten der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Ein weiterer Paragraph der Verordnung behandelt

die Besoldung der Pfarrer.

Den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften bleibt es überlassen, die Bezüge entsprechend den Vorschriften für die Beamten und staatlichen Angestellten zu kürzen bezw. den entsprechenden Betrag einzubehalten. Als feste Beihilfen zur Besoldung und Versorgung der Pfarrer der evangelischen Landeskirchen und der katholischen Kirche und zur Versorgung der Hinterbliebenen der Pfarrer der evangelischen Landeskirchen werden in Abänderung früherer Bestimmungen aus Staatsmitteln folgende Summen bereitgestellt: 1. Für die evangelischen Landeskirchen 30 424 136 RM.; für die katholische Kirche 12 714 620 RM.

Die Aenderung der Hauszinssteuerverordnung

erfolgt in der Weise, daß die Vorschriften über die Stundung und Niederschlagung der Hauszinssteuer für höchstbedürftige Mieter mit Wirkung vom 1. Juli ab aufgehoben werden. Der Gemeindeanteil an der Hauszinssteuer wird zur Deckung der dadurch entstehenden erhöhten Unkosten der Bezirksfürsorgeverbände von 47 auf 60 Prozent erhöht. Das Ausführungsgesetz zum Finanzausgleichsgesetz wird in der Weise geändert, daß von dem Gemeindeanteil an der Hauszinssteuer die Stadt- und Landkreise ein Zehntel des örtlichen Aufkommens erhalten. Der Rest wird nach Abzug eines Betrages in Höhe von 36 v. H., mindestens aber 128 Millionen, auf die Stadt- und Landkreise schlüsselmäßig verteilt.

Die Bestimmungen über die Einführung einer Schlachtsteuer

bezeichnen als Gegenstand der Steuer die Schlachtung von Rindvieh, Schweinen und Schafen.

Die Schlachtsteuer beträgt:

1. für einen Ochsen mit einem Lebendgewicht von 400 kg an bis zu 750 kg (ausschließlich) 30 Mk., von 750 und mehr Kilogramm 36 Mk.,

Schlachtungen von Ochsen mit einem Lebendgewicht von weniger als 400 kg sind nach Tarifnummer 3 zu versteuern.

2. für ein Kalb (Jungrinder unter drei Monate bis zu einem Höchstgewicht bis zu 100 kg 4 Mk.,

Schlachtungen von Kälbern mit einem Lebendgewicht von weniger als 40 kg sind steuerfrei.

3. für eine Magerkuh mit mehr als drei Hornringen unabhängig vom Gewicht 7 Mk., für ein sonstiges Stück Rindvieh mit einem Lebendgewicht bis zu 350 kg (ausschließlich) 10 Mk., von 350 kg bis zu 600 kg (ausschließlich) 16 Mk., von 600 und mehr Kilogramm 22 Mk.

4. für ein Schwein:

a) bei Schlachtungen für den Gebrauch im eigenen Haushalt (Hausschlachtungen) 2 Mk.,

b) im übrigen mit einem Lebendgewicht von 30 kg an bis zu 75 kg (ausschließlich) 5 Mk., von 75 kg an bis zu 125 kg (ausschließlich) 8 Mk., von 125 und mehr Kilogramm 10 Mk.,

Schlachtungen von Schweinen mit einem Lebendgewicht von weniger als 30 kg sind steuerfrei.

5. für ein Schaf mit einem Lebendgewicht von 20 und mehr Kilogramm 1,50 Mk.

Schlachtungen von Schafen mit einem Lebendgewicht von weniger als 20 kg sind steuerfrei.

Steuerpflichtig ist, wer Tiere der genannten Art auf eigene Rechnung schlachtet oder schlachten läßt.

Zur Zahlung einer

Ausgleichssteuer

ist verpflichtet, wer Fleisch von Rindvieh, Schweinen und Schafen in frischem oder zubereitetem Zustand in das Gebiet des Freistaates Preußen für eigene Rechnung einführt oder einführen läßt. Das aus einem anderen deutschen Lande eingeführte Fleisch hat der Steuerpflichtige spätestens binnen einer Woche nach der Einfuhr unter Angabe der Art und des Gewichts des Fleisches bei der Schlachtsteuerstelle anzumelden. Die Ausgleichssteuer beträgt für Fleisch in frischem Zustande 10 Reichspfennig, für Fleisch in zubereitetem Zustande 12 Reichspfennig und für Fleisch und Wurstwaren 15 Reichspfennig für ein Kilogramm.

Die örtliche Verwaltung der Schlachtsteuer obliegt den Schlachtsteuerstellen, in Stadtkreisen dem Magistrat, in Landkreisen dem Kreisausschuß. Für die örtliche Verwaltung der Steuer wird den Kreisen und Gemeinden eine Vergütung von 4 v. H. des örtlichen Aufkommens gewährt. Die Verteilung zwischen Landkreis und Gemeinde wird durch die Ausführungsbestimmungen geregelt.

In den Schlußbestimmungen wird der Finanzminister ermächtigt, Schlachtungen von Schweinen für den Verbrauch im eigenen Haushalt (Hausschlachtungen) von der Steuer von Schlachtungen ganz oder zum Teil zu befreien und im Benehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe und dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für Fleisch, das gewerbsmäßig aus Preußen ausgeführt wird, eine Erstattung oder Befreiung von der Steuer von Schlachtungen vorzusehen.

Der Mietsnachlaß für die Erwerbslosen.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 9. Juni (Drahtb.).

Die von der preußischen Staatsregierung beschlossene Aenderung der Hauszinssteuerverordnung beseitigt, wie uns von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, eine unbillige Auswirkung des bisherigen Rechtszustandes. Nach diesem erhielten Mieter von Altwohnungen mit einem Monatseinkommen von weniger als 100 Reichsmark einen Mietsnachlaß in Höhe des auf ihre Miete entfallenden Steuerteiles, obwohl nicht sie, sondern die Hauseigentümer die Steuer stundeten. Darin bestand nicht nur eine Besserstellung von Altwohnungen gegenüber Mietern in Neubauten, die bei gleichen persönlichen Verhältnissen eine derartige Vergünstigung nicht erhielten, sondern auch innerhalb der Mieter von Altwohnungen gab es ungerechtfertigte Unterschiede Personen, die in Altbauhäusern mit geringer hypothekarischer Vorkriegsbelastung und folglich geringer Hauszinssteuerschuld zur Miete wohnen, erhielten eine geringere Vergünstigung. War das Haus garnicht oder mit nicht entwerteten Auslandsforderungen, z. B. Schweizer Goldhypotheken, belastet, so trat eine Vergünstigung überhaupt nicht ein. Nach der durch die Notverordnung getroffenen Aenderung der Hauszinssteuerverordnung ist für alle Mieter die gleiche Rechtsgrundlage geschaffen. Sowohl die Mieter von Altwohnungen als auch die von Neubauwohnungen werden sich in Zukunft an die Bezirksfürsorgeverbände zu wenden haben, wenn sie ohne Gefährdung ihres notwendigen Lebensbedarfs die Miete nicht aufbringen können. Die Anträge auf Mietbeihilfen sind nach den für die Fürsorge geltenden Grundsätzen zu prüfen. Obwohl hiernach nicht allen bisher Begünstigten Ersatz für die bisherigen Vorteile gewährt werden kann, wird sich jedoch nach Ueberwindung von Uebergangsschwierigkeiten zeigen, daß die neue Regelung gerechter und bei einer Besserung der Finanzlage auch geeigneten ist, notleidenden Mietern, gleichviel ob sie in Alt- oder Neubauten wohnen, gleich wirksam zu helfen. Die Bezirksfürsorgeverbände erhalten für die zu gewährenden Mietsbeihilfen aus dem durch den Fortfall der Steuerstundung erhöhten Steueraufkommen Ueberweisungen in Höhe von 160 Millionen Reichsmark jährlich.

Soweit Hauseigentümer für die von ihnen selbst bewohnte Altwohnung wegen vorübergehender oder dauernder wirtschaftlichen Notlage die Steuer nicht zahlen können, bleibt es bei der bisherigen Regelung. Da sie selbst Steuerschuldner sind, haben sie sich wie bisher an die Steuerbehörde wegen Stundung und Niederschlagung zu wenden.

Der Deutsche Beamtenbund gegen die neuen Gehaltskürzungsmaßnahmen.

:: **Berlin**, 9. Juni.

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der preußischen Gehaltskürzung und den bevorstehenden Maßnahmen der Reichsregierung befaßt. In einer Entschließung protestiert er gegen jede Sonderbelastung der Beamtenschaft und verweist zum Ausgleich der öffentlichen Haushalte auf die von ihm bereits gezeigten Wege zur Erschließung neuer Einnahmen, wie Aufhebung der Umsatzsteuerfreigrenze. Der von der preußischen Regierung beschlossenen Maßnahme, die als Sonderbelastung der öffentlichen Beamten und Angestellten bezeichnet wird, tritt der deutsche Beamtenbund scharf entgegen. In einem Telegramm an den Reichskanzler und an sämtliche Reichsminister wurde die Reichsregierung gebeten, dem Reichspräsidenten die Aufhebung der Ermächtigungsverordnung vom 24. August vorigen Jahres vorzuschlagen, auf der die preußische Verordnung fußt. In einer zweiten Entschließung wendet sich der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes gegen den von der nationalsozialistischen Fraktion im Preußischen Landtag gestellten Antrag auf Auflösung des Verbandes preußischer Polizeibeamter, welches Ziel als schwerer Eingriff in die verfassungsmäßig gewährleistete Vereinigungsfreiheit bezeichnet wird.

Preußens Ueberbrückungskredit zustande gekommen.

Berlin, 9. Juni.

Nach Informationen des D. H. D. ist nach der Bekanntgabe der zum Ausgleich des preußischen Haushaltes vorgesehenen Maßnahmen nunmehr der Ueberbrückungskredit Preußens in Höhe von 35 Millionen bei einem unter Führung der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) stehenden Bankenkonsortium zustande gekommen. Es ist dabei ein Rückgriff der kreditgebenden Banken auf die Reichsbank vorgesehen. Es besteht jedoch begründete Aussicht, daß von diesem Rückgriff gar nicht oder nur in geringem Umfange Gebrauch gemacht werden wird.

Die Verteidigung im Sklarekprozeß.

◇ **Berlin**, 9. Juni.

Im Sklarek-Prozeß plädierte Rechtsanwalt Landsberg als Verteidiger des kommunistischen Stadtrats Degener. Er wandte sich gegen die Ausführungen des Oberstaatsanwalts, der die politischen Beamten als nicht einwandfreie entwurzelte Existenzen bezeichnet habe, die ohne Vorkenntnisse und Bildung in ihre Stellen gekommen seien. Der Oberstaatsanwalt habe die politischen Parteien als Gebilde von Narren und Trotteln hingestellt und habe eine Lanze für das Berufsbeamtentum gebrochen. Dabei habe der Oberstaatsanwalt aber übersehen, daß Oberbürgermeister Boeß, über den er auch viele harte Worte gesprochen habe, aus dem Berufsbeamtentum hervorgegangen sei.

★

Erwerbslosenunruhen in Holland.

)(**Amsterdam**, 9. Juni. In der südholländischen Ortschaft Boskoop kam es gestern zu ernsten Erwerbslosenunruhen. Bei Zusammenstößen mit der Landjägerei wurde ein Arbeiter durch einen Säbelstich getötet, etwa 20 Demonstranten und zwei Polizeibeamte wurden verletzt.

Die Rede des Reichsinnenministers.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Von den vielen Aufgaben, die sonst noch meiner harren, werde ich mich mit Unterstützung des ganzen Kabinetts mit besonderer Freude und Liebe der Pflege des Deutschtums innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reiches annehmen, soweit die allgemeine Finanzlage mir das im Augenblick gestattet. Auch an der Erhaltung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer schwer betroffenen Grenzgebiete im Osten, Westen, Norden und Süden werde ich mit Eifer arbeiten, wie ich es bisher für meine engere Heimat getan habe, in dem Bewußtsein, daß die Erhaltung unserer Grenzgebiete eine Lebensnotwendigkeit für die Nation ist, die nur erfüllt werden kann, wenn die Sache dieser Gebiete Sache des ganzen deutschen Volkes ist und bleibt.

In diesem Zusammenhang ein kurzes Wort über die für die Grenzländer, insbesondere den Osten, so wichtige Siedlungsfrage. Ich habe in 24 Jahren selbst in meiner Heimat an der Neuschaffung von rund 300 Dörfern auf 150 000 ha Fläche an leitender Stelle mitgearbeitet und bin oft öffentlich als Vorkämpfer der ländlichen Siedlung hervorgetreten. Ich wäre nie in ein Kabinett eingetreten, von dem ich nicht die Ueberzeugung hätte, daß es sich dieser so wichtigen, nationalen und sozialen Aufgabe nicht mit dem notwendigen Eifer und der Großzügigkeit widmen will, wie das notwendig ist. Ueber diese Dinge wird sich am Sonnabend im Deutschen Landwirtschaftsrat der zuständige Herr Reichsernährungsminister ausführlich äußern. Ich betone hier nur,

daß eine gesunde, lebensfähige, stellenschaffende Siedlung eines der wichtigsten Glieder der Kette von Maßnahmen ist, die für den deutschen Osten getroffen werden müssen.

Auch hier geht das Staatsinteresse allem anderen vor. Oft genug habe ich im Reichsrat betont, daß ich ein scharfer Gegner aller individuellen Hilfen bin und nur Hilfen billige, die der Gesamtheit der Kommunen und der Wirtschaft eines Reichsteiles und dadurch allen zugute kommen. Ich kann heute aus den Aufgaben meines Ressorts nur wenige Punkte herausgreifen. Eines aber möchte ich hier noch feststellen. Reich, Länder und Gemeinden sind angewiesen auf ein pflichttreues, gut ausgebildetes und in gesicherter Lebensstellung befindliches Beamtentum.

Ich bekenne mich bei meinem Amtsantritt als den Minister, der die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Beamtenrechtes zu bearbeiten hat, in voller Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler und dem ganzen Kabinett zum Berufsbeamtentum, das zu erhalten und zu pflegen unsere Pflicht ist.

Wir setzen dabei voraus, daß das Beamtentum sich der hohen Aufgabe stets bewußt ist, Diener der Allgemeinheit zu sein. Die Not der Zeit ist an dem Beamtentum nicht vorübergegangen; sie hat verhindert und verhindert leider auch in nächster Zukunft noch gewisse Ungerechtigkeiten in den Einstufungen sofort und voll zu beseitigen. Wir sind aber bemüht, allen Beamtengraden und den Behördenangestellten die Lasten der Zeit nach Möglichkeit zu erleichtern, um sie in ihrer dem Allgemeinwohl so notwendigen Arbeitsfreudigkeit zu erhalten.

Wichtig und notwendig scheint mir auf dem Gebiet des gesamten kulturellen Lebens unseres Volkes, insbesondere auch im Rundfunk und Lichtspielwesen, die Betonung und Pflege deutschen Geistes und die Ausmerzung aller undeutschen, fremden Einflüsse,

die zeitweilig weite Kreise des deutschen Volkes befremdet haben.

Jedes Volk muß heute das Streben haben, in Verständigung mit allen Staaten und Völkern den Fortschritt und die Befriedung der gesamten Menschheit zu fördern. Aber so wie das Leben des deutschen Volkes, wurzeln auch die Weltgeltung des deutschen Volkes und seine Stellung zu den anderen Völkern in seinem eigenen, seinem Blut und Geist angemessenen Leben. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit und der Wille zu einem eigenen deutschen Leben wachsen heute ständig in unserem Volk. Aufgabe der Reichsregierung und in ihr des Innenministers ist es, diesem Willen gerecht zu werden und die machtvolle nationale Bewegung der Gegenwart als eine Staat und Volk erhaltende Kraft zu werten und zu benützen. Jede Mitarbeit, insbesondere der deutschen Jugend, ist uns dabei willkommen.

Nach einer im freundlichen Ton gehaltenen Erwiderung des preußischen Reichsratsvertreters Staatssekretär Weißmann teilt Freiherr von Gayl noch mit, daß der Reichskanzler die Gelegenheit der Sitzung der Vereinigten Reichsratsausschüsse am Sonnabend benutzen werde, um sich persönlich dem Reichsrat vorzustellen.

Die nächste Sitzung des Reichsrates wird voraussichtlich erst in 14 Tagen stattfinden.

Der deutsche Facharbeiter in Sowjetrußland.

Von
Oswald Ziegner.

Von sozialen Erwägungen unbeschwerter Arbeitgeberstandpunkt ist, wenn die Lasten einer Wirtschaftskrise soviel als nur möglich auf die Schultern des Arbeitnehmers gelegt werden. Der Sowjetstaat als Arbeitgeber ausländischer Facharbeiter scheut sich nicht, diesen egoistischen Kapitalistenstandpunkt einzunehmen, seine vermeintlichen sozialistischen Grundsätze und eine einstmals weltweit getriebene Propaganda mit Taten zu widerrufen, die die Wirtschaftsnotlage des Sowjetstaates nur auf die ausländischen Mithelfer am „sozialistischen Aufbau" abwälzen sollen. Wobei übrigens noch sehr zu untersuchen wäre, ob eine wirkliche sowjetische Notlage oder wahrscheinlicher nur Vorwände zu den Maßnahmen veranlaßt haben, die ein sehr bedenkliches Licht auf die Vertragstreue des Sowjetpartners werfen.

Abgesehen von denjenigen deutschen Facharbeitern, die ungerufen und bedingungslos, das heißt in Entlohnung und Versorgung ihren russischen Kollegen gleichgestellt, in Sowjetdienste getreten sind, sehen die Normalverträge von einigen Tausend deutscher Fachleute eine teilweise Gehaltsauszahlung in Valuta vor. Nach privaten Feststellungen über die Zahl und die Lage der deutschen Facharbeiter in der Sowjetunion gibt es russischer- und deutscherseits keinerlei amtliche Feststellungen, wird die monatliche Valutaaufwendung mit ungefähr 500 000 bis 750 000 Reichsmark beziffert. Eine Summe, die im Verhältnis zum allgemeinen Valutabedarf der sowjetischen Industrialisierung durchaus unbedeutend ist. Bedenkt man, daß die Anstellungsverträge der ausländischen Fachleute meistens kurzfristig sind und auch bei ordnungsgemäßer Einhaltung der Kündigungstermine in wenigen Monaten sich auflösen lassen, dann versteht man nicht den Sinn der seit einiger Zeit systematisch betriebenen Praxis der Leiter sowjetrussischer Bundesvereinigungen und Industrietrusts, unter allgemeiner Berufung auf den § 17 eines jeden Normalvertrages die rechtswidrige Massenauflösung der Arbeitsverhältnisse der deutschen Facharbeiter durchzusetzen.

Der § 17 eines sowjetischen Normalvertrages für die Anstellung ausländischer Facharbeiter ist der sogenannte „Katastrophenparagraph", nachdem das Arbeitsverhältnis sofort lösbar ist „aus Gründen, die vom Arbeitnehmer unabhängig sind". Bei zahlreichen Anstellungsverhandlungen haben die Sowjetunterhändler einzig und allein den Kriegsfall als Katastrophengrund der Vertragsauflösung bezeichnet. Ueber die Zusicherungen sowjetischer Unterhändler hinaus gibt es aber die einwandfreie sachliche Sicherung der Arbeitnehmer in der Sowjetwirtschaft durch den § 47 des Arbeits-Kodex, der genau die Einzelfälle vorzeitiger Vertragsauflösung verzeichnet. Wird durch die gegenwärtige Vertragsauflösungspraxis der § 17 der Normalverträge zu einem beliebig anwendbaren Kautschukparagraphen gestempelt, so widerspricht der § 47 des sowjetischen Arbeits-Kodex x-beliebigen Auslegungen ganz eindeutig! Der sowjetische Arbeitgeber aber leitet sein Recht sofortiger Vertragsauflösung aus der ebenfalls im § 17 des Normalvertrages stehenden Zusicherung her, „dem Arbeitnehmer eine Abfindung zu zahlen". Wohl entsprechend der Normalvertragsdauer von ein bis drei Jahren beträgt die Abfindung je nach Vereinbarung ein bis drei Monatsgehälter. Geradezu skandalös sind aber die Druckmittel, die die Vertragsauflösungen etwa gegen den Willen der deutschen Facharbeiter erzwingen sollen, und zwar gehören unter noch anderen dazu die Entziehung der Lebensmittelkarten und der Wohnung. Und die Grenzüberschreitungsfristen, deren Nichteinhaltung der Verlust der Abfindung bedeutet, werden derart knapp bemessen, daß die Rechtsansprüche bei den übergeordneten Staatswirtschaftsbehörden nicht nur nicht erfolgversprechend angemeldet oder durchgesetzt werden können, sondern daß dadurch vor allem die Inanspruchnahme des vertraglich vorgesehenen Schlichtungs- und Gerichtsverfahrens rigoros verhindert wird. Erst in allerletzter Zeit ist als einzig dastehend der Fall eines in einem sibirischen Kohlengrubenbezirk beschäftigten deutschen Bergbaufachmannes bekannt geworden, dem die energische Verfechtung seiner Rechtsansprüche vor der Schlichtungsinstanz die weitere Vertragsanerkennung und die Valutagehaltszahlung durch den Sowjetarbeitgeber gesichert hat. Sonst aber hat sich erwiesen, daß die dem „Katastrophenparagraphen" zum Opfer gefallenen deutschen Facharbeiter absolut rechtlos gegenüber dem sowjetischen Arbeitgeber und den Staatswirtschaftsorganen sind, und daß in den zahlreichen Fällen, wo die Abfindung vertragswidrig statt in Reichsmark in Sowjetwährung ausgezahlt worden ist, die Rechtslosigkeit noch von der Prellung übertrumpft worden ist, da bekanntlich Sowjetgeld ins Ausland mitzunehmen verboten ist und an allen Grenzstationen von einer gewiß findigen Grenz-GPU rigoros beschlagnahmt wird.

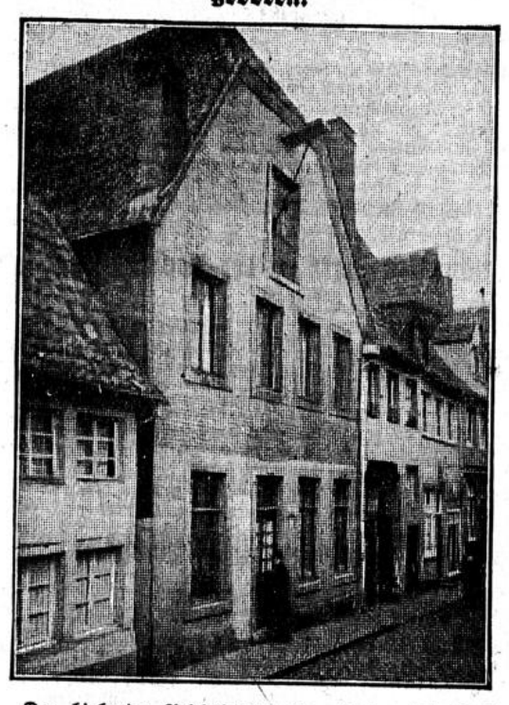
Unaufhörlich ist im Wachsen begriffen die Zahl der Enttäuschten und Verärgerten: nicht eingehaltene Vertragsverpflichtungen bezüglich Wohnung und Verpflegung, häufige Fehlplacierung von qualifizierten Spezialisten und Schikanen und Hetzereien neidischer russischer Betriebsleiter und Berufskollegen und schließlich die Herauskehrung des brutalen Machtstandpunktes und die volle Anwendung der Staatsgewalten gegenüber plötzlich lästig gewordenen Valutaverdienern haben selbstverständlich ihre verhängnisvollen seelischen Auswirkungen nach sich gezogen. Mögen die hoffnungsvollen Zuwanderer mit Rubelverträgen voll unbekannter und täuschender Größen in der Tasche immer noch zahlreich und für eine geschäftige Sowjetpropaganda gut nutzbar sein; der Strom entmutigter und mißgestimmter Rückwanderer wird aber auch von Tag zu Tag breiter und breiter, und es mehren sich ständig diejenigen, die ihre bitteren Erfahrungen warnend in privaten Kollegenkreisen, in ihren Berufsverbänden und in den Spalten der Fachpresse verbreiten. Eine Aufklärung, die sich auf Erfahrungstatsachen stützt, wird aber immer und unter allen Umständen gehört und beachtet werden.

Die Russen sehen in dieser Tatsachenberichterstattung zurückkehrender deutscher Fachleute ein Gefahrenmoment, dem mit allen Mitteln entgegenzutreten und dessen möglichen Folgen frühzeitig vorzubeugen ist. Genau besehen, laufen solche Einstellungen und Unternehmungen der Russen auf die Vertuschung gefürchteter Wahrheiten hinaus! Zum andern Teile ist mit diesen Bemühungen aber auch die außerordentliche Bedeutung der ausländischen Facharbeiterhilfe bei der Durchführung der über das technische Leistungsvermögen der Sowjetvölker weit hinausgehenden Planwirtschaftsaufgaben absolut anerkannt.

Von Beginn dieses Jahres an laufen mit gewissen zeitlichen Abständen durch die sowjetische Tages- und Gewerkschaftspresse und vor allem durch deutschsprachige Sowjetausgaben (Moskauer Rundschau) Erklärungen ausländischer Spezialisten, die scharf gegen alle „Lügenberichte" protestieren und breit von dem guten Wohnen und überreichlichen Lebensauskommen, von all dem Entgegenkommen der sowjetischen Wirtschaftsbehörden, von liebenswürdigsten Direktoren und überschwenglicher Kameradschaftlichkeit russischer Kollegen und Arbeiter erzählen. Es wäre ein dummer Unsinn, diese Erklärungen deutscher, amerikanischer und anderer Facharbeiter einfach als Lügen abzutun! Unter all den tausenden Arbeitsplätzen gibt es bestimmt solche, die befriedigende Wohn- und Lebensbedingungen und dem Fachspezialisten interessanteste Arbeitsaufgaben bieten; in den unzählbaren Staatswirtschaftsorganen und Trustdirektionen sitzen gewiß Männer, die zur besten Förderung der ihnen anvertrauten Aufgaben dem zugeteilten Auslandsfachmann alle nur möglichen sachlichen Erleichterungen und persönlichen Vorteile schaffen. Die verschiedenartige menschliche Natur und Anpassungsfähigkeit ist ebenfalls bei diesen Bewertungen und Erklärungen zu berücksichtigen: was dem einen unerträglich in dieser vollkommen anderen Arbeits- und Lebenswelt ist, nimmt ein anderer als das Naturgegebene hin und versteht, sich mit seiner neuen Umwelt abzufinden oder sogar in diese hineinzuleben. So will es garnichts besagen, wenn Mister Soundso und Herr Sowieso wahrheitsgemäß ihre volle Befriedigung mit den Arbeitsaufgaben und den Lebensbedingungen bekanntgeben: denn neben diesen persönlichen Erlebnissen stehen die ebenso wahren, aber nur weitaus überwiegenden Erlebnistatsachen, die die mehr und mehr sich verschlechternde Lage des ausländischen Fachmanns in der Sowjetunion einwandfrei dokumentieren! Handelt es sich bei diesen Erklärungen aber um kollektive Beteuerungen durch eine ansehnliche Namensliste, so ist der Wert solcher Unterschriften durchaus problematisch: denn wer die Dinge kennt, wie sie wirklich sind, der weiß genau, daß entweder Gleichgültigkeit oder zwingende Gründe den Unterzeichnern die Feder in die Hand geben.

Ueber die Lage der ausländischen Fachleute liegt auch eine sowjetamtliche Erklärung durch den stellvertretenden Leiter der Auslandsabteilung des Volkskommissariats für die Schwerindustrie, Wladimirow, vor. In dieser sowjetamtlichen Auslassung wird die vorzeitige Kündigung deutscher Fachleute absolut zugegeben; Wladimirow ist nur bestrebt, den Vorgang zu verringern in seiner Bedeutung, denn „kaum 200" Vertragskündigungen sind im ersten Quartal 1932 erfolgt. „Mitunter gelangen beide Seiten zu einem Einverständnis: statt Aufhebung des Vertrages einige Abänderungen vorzunehmen, hauptsächlich was die Valutabestimmungen anbetrifft." Geben diese stark euphemistischen Angaben einwandfrei den Tatbestand vertragswidriger Auflösung von Arbeitsverhältnissen deutscher Facharbeiter mit dem Ziele verschlechterter Entlohnungsbedingungen zu, so ist in den ganzen Auslassungen Wladimirows nicht ein Wort darüber gesagt, daß etwa die Sowjetregierung diese widerrechtlichen Vertragsauflösungen zukünftig verhindern werde. Damit ist also nicht nur das bisherige Verfahren gegen die deutschen Fachleute offiziell sanktioniert, sondern auch maßgeblich zum Ausdruck gebracht worden, daß unter rücksichtsloser Ausnutzung der Notlage weiterhin die Lage der ausländischen Facharbeiter in der Sowjetunion verschlechtert werden soll. Das Ziel dieses Strebens ist offenbar die Entlohnungs- und Versorgungsgleichstellung des ausländischen mit dem russischen Arbeiter.

In diesem Hause wurde Dr. Brüning geboren.



Der bisherige Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning ist von seiner Vaterstadt Münster zum Ehrenbürger ernannt worden. Das ist eine Ehrung, für die die ganze Deutsche Zentrumspartei den städtischen Körperschaften der westfälischen Provinzialhauptstadt dankt. Am 26. November 1885 erblickte der jetzige Ehrenbürger in dem Hause Stubengasse 16/17, das unser Bild zeigt, das Licht der Welt.

Zu der Magistratsvorlage, nach der Reichskanzler a. D. Dr. Brüning das Ehrenbürgerrecht der Stadt Münster verliehen worden ist, gab in der geheimen Stadtverordnetensitzung der volksparteiliche Stadtverordnete Engberding folgende Erklärung ab:

Es ist mir persönlich eine besondere Freude, für die Zentrumspartei, die SPD, die Evangelische Vereinigung für Kommunalpolitik, die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei folgende Erklärung abgeben zu können: Unter Außerachtlassung aller Parteipolitik sind wir mit der Absicht des Magistrats einverstanden. Durch die Annahme dieser Vorlage ehren wir den Sohn der Stadt Münster, der in schwerster Zeit seine ganze Person für Volk und Vaterland voll eingesetzt hat.

Der Meineidsprozeß Abel.

Hitler zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

× **München**, 9. Juni.

Gestern nachmittag stellte die Verteidigung umfangreiche Beweisanträge, für die sie Zeugen beibringen will. Unter anderm soll nachgewiesen werden, daß Abel von rechtsradikaler Seite noch nach der Anzeige wegen Meineids Geld angeboten worden sei, damit er ins Ausland verschwinde. Weitere Beweisangebote beziehen sich auf Ueberfälle und Mißhandlungen Abels durch Nationalsozialisten und auf einen Versuch, ihm sein Belastungsmaterial gegen die Nationalsozialisten gewaltsam fortzunehmen. Als Zeugen dafür, daß

Hitler vor und nach seinem Putsch von 1923 italienische Gelder erhalten hat,

werden Dr. Neurath und andere Persönlichkeiten benannt. Auch sollen Verhandlungen Hitlers mit italienischen Persönlichkeiten über Südtirol bewiesen werden. Beweis wird auch dafür angeboten, daß Hitler unglaubwürdig sei. Endlich soll auch Oberst Seisser darüber vernommen werden, ob seinerzeit Migliorati und andre Personen auf seine Veranlassung von der Münchner Polizeidirektion Pässe mit falschen Namen erhalten haben. Das Gericht setzte die Beschlußfassung über diese Beweisanträge zunächst aus und wird auch über den Antrag,

General Ludendorff zu laden,

erst später entscheiden. Ludendorff soll bekunden, daß er tatsächlich zweimal bei dem Angeklagten Abel in dessen Münchner Wohnung gewesen ist. Von den gestern vernommenen Zeugen erklärte der Kaufmann Arbini, ein in Frankfurt lebender italienischer Schweizer, in dem man den als Vermittler zwischen Italien und der Hitlerbewegung vielgenannten Mario vermutet hat, daß er den Nationalsozialisten nie Geld gegeben oder zugeführt habe. Auch sein Sohn, der in der Partei Mitglied sei, habe das nicht getan. Der Reichstagsabgeordnete Heines erklärte, daß ihm von ausländischem Geld für Hitler nichts bekannt geworden sei. Ausgeschlossen sei es, daß der von Abel genannte Migliorati Hitler bei einem geselligen Abend vor dem Putsch vorgestellt worden sei. Daß Abel als

„Verbindungsoffizier" ostpreußischer Kreise nach München gekommen

sei, daß er im Roßbach-Kreis verkehrt und auch die illegale Einstellung von 50 Hitlerleuten in die Reichswehr erwirkt habe, stimme allerdings. Er sei aber als Prinz Ysenburg aufgetreten und habe zu Unrecht Offiziersuniform getragen. Als man das entdeckt habe, habe er (Heines) selbst die Verhaftung des Abel veranlaßt. Der ganze Nachmittag stand im übrigen im Zeichen scharfer Zusammenstöße zwischen dem Angeklagten, seinen Verteidigern und auch einigen Zeugen. Es herrscht in diesem Prozeß

eine ungemein gereizte Stimmung,

die seiner baldigen Erledigung kaum förderlich sein konnte.

Heute wurde Adolf Hitler als Zeuge vernommen. Er erklärte, es sei möglich, daß er zu Journalisten, Schriftstellern und Italienern einmal über Südtirol gesprochen habe. Da habe er aber immer betont, daß es seinen Kampf unerhört er-

Der Mann mit der Flasche

Kriminalroman von Curt Seibert

13) (Nachdruck verboten.)

„Sie erscheinen in immer anderer Verkleidung, kümmern sich um Dinge, die Sie gar nichts angeht. Sie können nicht verlangen, daß ich mir dies zusammenreime." Damit sprang er auf und rief laut: „Ich kenne Ihren wahren Namen nicht, aber ich weiß: Sie haben Goetze ermordet!"

Frossé lachte schallend und sichtlich gut gelaunt und goß sich neuen Tee ein, wobei er nicht versäumte, einige Stücke Zucker auf das Sieb zu legen und das heiße Wasser durchzugießen. Er behauptete, der Tee schmecke dann besser.

„Schade," sagte er dann ruhig, „daß Hansen Sie nicht sehen konnte, wie Sie eben dastanden, er wäre sofort von Ihnen Unschuld überzeugt gewesen. Nehmen Sie unbedenklich wieder Platz, Sie aufgeregter junger Mann, ich bin ebensowenig der Mörder wie Sie, sondern ein ganz harmloser Bürger, der sich ein Vergnügen daraus macht, der Polizei ein wenig zuvorzukommen. Und ich glaube, wenn ich wollte, könnte ich heute schon zu dem Mörder gehen und ihm die Hand auf die Schulter legen."

„Sie kennen den Mörder?"

„Vielleicht, jedenfalls bilde ich mir ein, ihn zu kennen."

„Und wer ist es?"

Frossé überhörte die Frage.

„In erster Linie interessiert es mich, zu wissen, was Sie jetzt anfangen wollen."

„Und in erster Linie interessiert es mich," antwortete Werner, „von Ihnen eine Aufklärung über Ihr seltsames Verhalten zu erfahren."

„Mein Verhalten ist gar nicht so seltsam, wie Sie glauben. Ich habe Sie befreit, obwohl ich Sie nicht kannte. Das ist richtig. Aber ich hatte schon oben im Dianabad das Gefühl, daß Sie der Täter nicht sein könnten, und deshalb wollte ich nicht, daß Sie zwecklos in Haft säßen. Zudem machte es mir Spaß, der Polizei eins auszuwischen, und ich habe daher alles getan, um die Spur auf mich zu lenken. Ich denke, Hansen ist darauf hereingefallen. Und mich bekommt er nicht. Daß Sie übrigens in der Nacht Ihrer Braut einen Besuch abstatten würden, war für mich klar, nur merkwürdigerweise nicht für die Polizei. Ich möchte mich jetzt aber über ganz andere Dinge mit Ihnen unterhalten. Wer ist Hertha Thiele?"

„Das war Goetzes Freundin."

„Und was hatten Sie bei ihr zu suchen?"

Werner schien erschreckt, faßte sich aber schnell wieder. Der wußte scheinbar alles. Was hatte es da für einen Sinn, mit Dingen zurückzuhalten, die ihm schließlich nichts schaden konnten. Und so sagte er ruhig:

„Ich besuchte die Dame des öfteren im Auftrage von Oskar Goetze, der mit ihr Differenzen hatte, die ich aus der Welt schaffen sollte."

„Was für Differenzen waren das?"

„Pekuniärer Natur."

„Und warum gerade Sie? Hatte er keinen anderen Freund?"

„Ich war nicht sein Freund, und er sagte öfters, es sei ihm ganz lieb, daß wir nicht so intim ständen. Dann könne man über solche Dinge besser sprechen."

„Die Dame wollte wohl Geld von Goetze haben?"

„Im Gegenteil, er verlangte sein Geld zurück."

„Das ist ja etwas ganz Neues," meinte der Mann, der sich Frossé nannte, „bisher wurde angenommen, Hertha Thiele habe Goetze Geld geliehen, und in den Zeitungen stand, sie habe Forderungen an die Erben in Höhe von 40 000 Mark gestellt."

„Ich kann Ihnen nur sagen, was ich von Goetze selbst weiß. Er bat mich, die Dame aufzusuchen und sie aufzufordern, raschestens für Rückerstattung der ihr zu Spekulationszwecken ausgehändigten 300 000 Mark Sorge zu tragen. Nach Angaben Goetzes war das folgendermaßen vor sich gegangen. Vor einem Jahr ungefähr hatte Fräulein Thiele ihm gesagt, sie habe einen Börsenmann kennengelernt, der über fabelhafte Tips verfüge. Ob er nicht auch mal sein Heil versuchen wolle? Goetze, der von Frauen sehr abhängig war und nie nein sagen konnte, gab ihr Geld. Zuerst 20 000 Mark, und als der Tip des Maklers einschlug und er viel verdient hatte, mehr und immer mehr. Später kamen Rückschläge, dann wieder Gewinne, und alles so oft und so rasch hintereinander und alles ohne Abrechnung, daß Goetze gar nicht mehr aus und ein wußte, und eines Tages Klarheit verlangte. Er wollte eine Unterredung mit dem Makler haben, der angeblich die Spekulationen durchführte, aber seltsamerweise tauchte dieser Mann nie auf, war nicht zu sprechen, Goetze erfuhr nicht einmal seinen Namen, und so mußte er auf den Gedanken kommen, Fräulein Thiele habe gar keinen Bekannten an der Börse, sondern das Geld selbst vertan oder auf irgendeinem Konto für sich verwandt."

„Was sagte sie denn dazu?"

„Hertha Thiele war anfangs empört, daß Goetze einen Fremden schickte, aber dann hat sie sich daran gewöhnt, und da die beiden zum Schluß jegliche Beziehungen zueinander abgebrochen hatten und nur noch brieflich verkehrten, war es ihr sogar lieb, daß nicht er selber kam, sondern ich. Sie stritt ab, daß er etwas von ihr zu bekommen habe. Die ganze Summe sei in Frankspekulationen an der Pariser Börse festgelegt, und es sei fraglich, wie man herauskomme. Den Namen des Gewährmannes nannte sie nicht, auch Abrechnungen sah ich nie."

„Na, worüber haben Sie sich dann mit ihr unterhalten?"

„Wir stritten uns lediglich über das Prinzip, ob Goetze nach jahrelanger Freundschaft zu ihr soviel Vertrauen haben müsse, daß er nicht fragen, sondern nur glauben dürfe."

„Und was hatten Sie für einen Eindruck?"

„Ich nehme an, sie wollte Zeit gewinnen."

„Daß sie etwa Forderungen an Goetze hatte — —"

„Ist völlig ausgeschlossen."

Frossé stand plötzlich auf, er schien es auf einmal eilig zu haben.

„Das ist eigentlich alles, was ich wissen wollte. Wenn Sie einen Moment warten, können wir zusammen zur Stadt fahren. Ich bringe Sie in einem Hotel unter, wo Sie kein Polizist entdeckt."

Damit ging er aus dem Zimmer. Kurz darauf hörte Werner eine Tür gehen. Dann wurde es ganz still. Nachdem er fast fünf Minuten gesessen hatte, ohne daß der andere wiederkam, wuchs sein Mißtrauen. Er rief sich den Mann, der ihm gestern aus dem Untersuchungsgefängnis verholfen hatte, genau ins Gedächtnis und verglich ihn mit dem Besitzer dieses Zimmers. Dann schlug er mit der Hand auf den Tisch und lief zur Tür, riß sie auf, stürmte auf den Korridor. Jener Herr Frossé mit dem blonden Bart hatte einen goldenen Schneidezahn gehabt, dieser aber, der sich Frossé nannte, besaß ein glänzend-weißes Gebiß ohne jeden Fehler.

Im Gang traf er eine große, schlanke Frau in einem langen altmodischen Kleid, die ihn fragend und prüfend ansah.

„Wo ist Herr Frossé?" fragte Werner.

„Ich kenne keinen Herrn Frossé," sagte die Dame mit einer tiefen Stimme.

„Aber dies Zimmer gehört ihm doch!" Und er deutete auf die offene Tür.

„Dies Zimmer wurde heute morgen für einen Herrn Hart gemietet."

„Für wen?"

„Einen Herrn Hart," sagte die Frau.

Beinahe hätte er gesagt: „Aer dieser Herr Hart bin i chja selber," doch es war wohl besser, die Komödie zu Ende zu spielen. Dieser Mensch hatte sich also seinen Namen beigelegt.

„Wo ist denn Herr Hart?" fragte Werner.

„Ich habe ihn noch nicht gesehen. Der Herr, der für ihn mietete und den Preis für einen Monat im voraus bezahlte, sagte, Herr Hart werde heute nachmittag eintreffen."

Und da Werner ein ziemlich verdutztes Gesicht machte, fragte sie, ihn scharf fixierend:

„Sind Sie vielleicht Herr Hart?"

„Nein! Mein Name ist Sommer. Ich glaubte, Herr Hart sei schon hier. Wenn er kommt, sagen Sie ihm, ich würde heute abend noch einmal vorbeikommen."

Damit ergriff Werner die Klinke der Korridortür und eilte die Treppen hinab, so rasch er konnte. Draußen ging er an den Wänden der Häuser entlang und bog in die nächste Seitenstraße ein, um auf Umwegen zum Hafenviertel zu gelangen, wo er einen Unterschlupf suchen wollte, um von dort aus die Suche nach dem Mörder zu betreiben. Er bemerkte nicht, daß ihm unauffällig ein Mann folgte, bei dem, als er den Mund zu einem zufriedenen Lächeln öffnete, ein goldener Schneidezahn sichtbar wurde.

•

Die dritte Unterredung fand am Alexanderplatz statt, war nicht besonders lang, dafür aber sehr heftig. Kurz bevor Kommissar Hansen seinen Füllfederhalter einschraubte, um nach getaner Arbeit nach Hause zu fahren, erschien der Untersuchungsrichter Brennert. Er war im Frack und im Begriff, zum Ball in die italienische Botschaft zu fahren. Seine Brust war mit Orden übersät, in der Hand hielt er den stumpfen Zylinder und ein Paar weiße Handschuhe, der Frackumhang hing über die Schultern. Er war eilig und nervös.

„Mein lieber Hansen, der Minister hat mich schon wieder angezapft, ob in der Sache Goetze nichts geschehen sei. Ich komme mir schon als komische Figur vor, wenn ich immer den Kopf wie ein Pagode schütteln muß."

„Sie Sache ist eben schwieriger, als sich Seine Exzellenz vorzustellen belieben. Wenn Sie sich an den Fall Kraek erinnern wollen vor sechs Jahren, da brauchten wir vier Monate, aber wir fanden ihn doch."

Der andere schlug mit den Handschuhen auf die Stuhllehne, hinter der er stehen geblieben war.

(Fortsetzung folgt.)

leichtern würde, wenn gewisse Härten gegenüber den Südtirolern verschwänden. Finanziell habe er nichts mit dem Auslande zu tun. Er habe niemals von Ausländern Geld entgegengenommen. Als der Vorsitzende an Hitler die Frage richtete,

ob seine Bewegung überhaupt aus dem Auslande Geld erhalten hätte,

erklärte der Zeuge, daß die nationalsozialistische Bewegung eine großdeutsche Bewegung sei und sich über die ganze Welt erstrecke. Es sei klar, daß in so unruhigen Zeiten, wie z. B. während des Ruhrkampfes, die Deutschen in der ganzen Welt bewegt würden, und daß dann von ihnen kleinere Unterstützungen für die Bewegung dem Nationalsozialismus zugeflossen seien. Derartige Unterstützungen aus dem Auslande seien nur von Deutschen gekommen. Er habe nie Geld von einem Angehörigen eines früher feindlichen Landes erhalten, insbesondere

nicht von einem Italiener zu einem bestimmten Zweck.

Wenn dies bei irgend einer anderen Stelle geschehen und ihm dies bekannt geworden wäre, so hätte er es aufs schärfste zurückgewiesen. Was Abel in dieser Beziehung sage, sei das Unerhörteste, was er je erlebt habe. Hitler betonte schließlich, wenn das alles wahr wäre,

so bliebe ihm nichts anderes übrig, als zur Pistole zu greifen.

Dann wurden von der Verteidigung an Hitler hinsichtlich seiner früheren und jetzigen Einstellung zur südtiroler Frage eine Reihe von Fragen gerichtet. Hitler betonte, daß er die Souveränität des italienischen Volkes anerkene und stets mit dieser Souveränität gerechnet habe. Irgendwelche

Verhandlungen mit Mussolini

oder mit Vertretern des italienischen Faschismus seien seiner Einstellung nicht vorausgegangen. Er habe auch niemals irgendeinen Parteivertreter, der ja nur sein Vertreter sein konnte, einen dahingehenden Auftrag gegeben. Er sei für eine Verständigung zwischen Italien und Deutschland, das besage aber nicht, daß er kein Gefühl für die südtiroler Leiden hätte. Aber mit diesem Gefühl allein könne man den Südtirolern nicht helfen. Der Verteidiger Dr. Rosenfeld richtete an Hitler die Frage, ob es richtig sei, daß er

von einem tschechischen Industrieunternehmen, das mit Schneider-Creusot in Verbindung stand, Geld bekommen habe.

Durch diese Frage geriet Hitler in große Erregung und erklärte, er lasse sich nicht beleidigen. Alles, was hier behauptet werde, sei Schwindel. Er lasse sich vor allem nicht von einem jüdischen Rechtsanwalt beleidigen und werde überhaupt keine Antwort mehr geben. Trotz Belehrung durch den Vorsitzenden blieb Hitler bei der Verweigerung der Antwort und erklärte, daß er auch eine Freiheitsstrafe auf sich nehmen werde. Nach längerer Beratung des Gerichtshofes wurde die Verhandlung wieder aufgenommen. Der Vorsitzende teilte mit, daß

der Angeklagte und seine Verteidiger auf dem Gerichtsgang vor dem Schwurgerichtssaal angerempelt

worden seien und daß er (der Vorsitzende) deshalb die polizeiliche Räumung des Ganges veranlaßt habe. Sodann verkündete der Vorsitzende, daß das Gericht den Zeugen

Hitler wegen Verweigerung des Zeugnisses zu einer Ordnungsstrafe von 800 Mark, im Nichteinbringungsfall zu 16 Tagen Haft sowie zur Tragung der durch die Verweigerung verursachten Kosten verurteilt habe. Ferner wird der Zeuge Hitler wegen Ungebühr in der Sitzung zu einer Ordnungsstrafe von 200 Mark, im Nichteinbringungsfall zu drei Tagen Haft verurteilt.

In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, daß der Zeuge sich laut schreiend gegen die Verteidiger gewandt und in verletzendem Tone von „jüdischen Rechtsanwälten" gesprochen habe.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld gab hierauf eine Erklärung ab, wonach es der Verteidigung infolge des Verhaltens des Zeugen Hitler unmöglich sei, die Wahrheit zu ermitteln. Die Aeußerung des Zeugen hindere die Verteidigung, an ihn Fragen zu richten, die die Verteidigung für notwendig halte. Das müsse festgestellt werden,

damit die Oeffentlichkeit wisse, woran es liege, wenn die Wahrheit in diesem Prozeß nicht erwirkt werde.

Auf Einwirken des Vorsitzenden erklärte sich Hitler bereit, Fragen zu beantworten, die das Gericht an ihn stelle, dagegen aber werde er Fragen der Verteidigung nicht mehr beantworten. Der Vorsitzende stellte fest, daß er keine Fragen an Hitler mehr habe. Er richtete an die Verteidigung die Aufforderung, ob sie ihre Fragen durch das Gericht dem Zeugen Hitler vorlegen lassen wolle. Diesen Vorschlag lehnte die Verteidigung ab. Dann wird das in Anwesenheit Abels aufgenommene Protokoll über die Vernehmung Migliorati, durch dessen Vermittlung Hitler italienische Gelder erhalten haben sollte, am 16. September 1930 in Newyork verlesen. Aus diesem Protokoll ergibt sich, daß Migliorati sich im Jahre 1923 nur 30 Stunden in München aufgehalten und dabei durch seine Schwestern den Abel als Prinzen Ysenburg kennen gelernt habe, worauf er ihn immer mit Hoheit angesprochen habe. Er kenne Hitler und Roßbach nicht, habe mit ihnen auch niemals in Verbindung gestanden. Er sei nie Mitglied des italienischen Faschismus gewesen, sondern gebürtiger Schweizer. Er habe Hitler nie Geld angeboten, anbieten lassen oder eine andere Unterstützung seiner Bewegung von Italien aus, auch niemals dem Angeklagten Abel gegenüber geäußert, daß Hitler von dort Geld erhalten habe. Ebensowenig kenne er einen Konsulatsbeamten Mario, der angeblich sein Mittelsmann gewesen sein soll, noch den Führer der österreichischen Nationalisten, Reschny. Darauf wird

Hitler nochmals vorgerufen

und ihm die Frage vom Vorsitzenden vorgelegt, ob er in einem Gasthof beim Ostbahnhof erstmals seine geänderte Auffassung über die südtiroler Frage entwickelt und dabei Bezug genommen hätte auf eine Unterredung, die er angeblich mit einem Abgeordneten des italienischen Faschismus hatte. Hitler

kann sich an diese Versammlung nicht mehr erinnern,

betont aber, daß er im Jahre 1922 nie mit einem Italiener gesprochen habe.

In der Nachmittagssitzung ergab sich aus dem Protokoll über die kommissarische Vernehmung des Hauptmanns a. D. Dorn, daß Dorn mit Migliorati nicht bekannt gewesen ist.

Oberleutnant a. D. Roßbach erklärte, daß Abel sich als Prinz Ysenburg ausgegeben und ihm auch einen Ausweis auf diesen Namen gezeigt habe. Roßbach lehnte es ab, von Geldangeboten an Hitler irgend etwas zu wissen.

Als die Verteidigung den

Antrag stellte, Leutnant Scheringer zu vernehmen,

um den Beweis für die Unglaubwürdigkeit der Aussagen Hitlers erbringen zu können, kam es zu einem Zusammenstoß mit dem Vorsitzenden. Auf die Bemerkung des Rechtsanwalts Rosenfeld, er finde es begreiflich, wenn man einer Persönlichkeit wie Hitler gegenüber gewisse Hemmungen habe, erklärte der Vorsitzende, daß er sich gegen derartige Aeußerungen energisch verwahren müsse, falls darin ein Vorwurf einer Behörde gegenüber enthalten sei. Rosenfeld erklärte hierauf, er habe lediglich „von Hemmungen" gesprochen; im übrigen nehme er von seinen Ausführungen nichts zurück.

Nach eineinhalbstündiger Beratung verkündete das Gericht den Beschluß, entsprechend dem Antrag der Verteidigung, Landgerichtsrat Dr. Roll, den Untersuchungsrichter Dr. Wintersberger, General Ludendorff, Leutnant Scheringer, Rechtsanwalt Frank 2, sowie nochmals Adolf Hitler zu laden. Die Vernehmung Ludendorffs ist für morgen anberaumt.

Aus Westdeutschland.

Schwere Schlägerei auf dem Prinzipalmarkt in Münster.

— **Münster**, 10. Juni.

Gestern abend fand auf dem Prinzipalmarkt eine schwere Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten statt, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog.

Es hatten sich, wie man das in letzter Zeit häufiger feststellen kann, auf dem Prinzipalmarkt kleinere Gruppen von meist jugendlichen Anhängern radikaler politischer Parteien angesammelt. Anfänglich kam es noch nicht zu tätlichen Auseinandersetzungen, obzwar eine fieberhafte Spannung und Stimmung herrschte. Kurz nach 8 Uhr kamen die Kommunisten im Sturmschritt mit Schlagwerkzeugen bewaffnet die Rothenburg herunter, wo sie die dort in Schlachtstellung postierten SA der Nationalsozialisten angriffen. Es entwickelte sich ein lebhafter Straßenkampf mit Fahrradketten, Fahrradpumpen und Lederriemen. Die SA wehrte sich und zog sich einige Meter zurück. Die Kommunisten rückten nach. Nach einem Gegenangriff der Nationalsozialisten rückten sie bis zum Prinzipalmarkt vor, bis die Führer der SA das Kommando zum Ablassen von den Streitigkeiten gaben und wieder Ordnung und Aufstellung nahmen. Als diese dann aber einen Kommunisten in ihrer Nähe gewahrten, waren einige Mitglieder der SA nicht mehr zu halten, sie stürzten auf den Kommunisten ein und warfen ihn zu Boden. Die Polizei sorgte dann für Ordnung. Die Nationalsozialisten zogen darauf zur Rothenburg zu ihrem dortigen Verkehrslokal. Auf ihrem Marsch begegnete ihnen ein politischer Gegner, der einen Revolver vor sich hielt und der SA zurief: „Drei Meter vom Leibe!" Die Nationalsozialisten versuchten anfänglich, den Waffentragenden anzugreifen, ließen aber dann doch von ihrem Ansinnen ab und zogen sich zurück. Wie wir von einem Augenzeugen erfahren, sollen bei der Schlägerei auch Messer gebraucht worden sein. Die Polizei hat einige Verhaftungen vorgenommen. Eine Reihe von den an der Schlägerei Beteiligten mußte verbunden werden und sich in ärztliche Behandlung begeben.

Die Hagener Orchester-Kündigung rechtskräftig.

\+ **Hagen**, 8. Juni.

Dem Hagener Stadtorchester war bekanntlich am 30. Oktober zum 30. April gekündigt worden. Es hat sich nun herausgestellt, daß eine Kündigung zu diesem Termin keine Geltung haben konnte, da nach einer neueren Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes Kündigungen solcher Verträge nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres, im vorliegenden Falle also erst zum 30. Juni, ausgesprochen werden können. Die Stadtverwaltung hatte, dieser Entscheidung Rechnung tragend, das Gehalt für Mai und Juni weitergezahlt, im übrigen aber die Kündigung bestehen lassen. Ein Mitglied des Hagener Orchesters strengte nunmehr Klage an auf Feststellung, daß die ausgesprochene Kündigung unwirksam und die Stadt verpflichtet sei, das Gehalt über den 30. Juni hinaus weiter zu zahlen. Ein Eventualantrag des Klägers verlangte Verurteilung der Stadt zur Zahlung einer vertraglich vorgesehenen Abfindungssumme für den Fall, daß das Gericht die Kündigung für wirksam erachte. Das Arbeitsgericht hat nunmehr die Klage an sich abgewiesen und festgestellt, daß die zum 30. Juni 1932 ausgesprochene Kündigung rechtsgültig ist. Dagegen wurde die Stadt verurteilt, dem Kläger das achtfache Monatsgehalt als Abfindung zu bezahlen.

Für die Stadt bedeutet die Verurteilung zur Auszahlung einer Abfindungssumme, wenn sie rechtskräftig werden sollte, eine Ausgabe von je 2500 Mark an 33 Mitglieder des Städtischen Orchesters, also insgesamt eine finanzielle Belastung von etwa 75 000 Mark.

Festnahme der Sprengstoffdiebe aus Hagen.

)(**Hagen**, 9. Juni.

Das hiesige Polizeipräsidium hat jetzt gemeinsam mit der Düsseldorfer politischen Polizei den am 30. Mai verübten Einbruchsdiebstahl in die Sprengstoffkammer der Dolomit-Werke in Hagen, bei dem 10 Kilo Dynamit gestohlen wurde, aufklären können. Der Sprenstoff wurde bei einem Hehler beschlagnahmt, der den Sprengstoff von Hagen nach Düsseldorf verschieben wollte. Die drei Einbrecher gehören der Dortmunder kommunistischen Jugend an.

Ein brutaler Gattenmord.

× **Paderborn**, 9. Juni.

Wie sich jetzt zu dem furchtbaren Mord im benachbarten Neuhaus herausgestellt hat, haben die Täter Ferdinand Greitens, Eugen Lenschen, Fritz Schmidt, Anton Kraß jun. und die Ehefrau des Ermordeten bereits einige Tage vorher die Verabredung getroffen, den Ehemann Deckert zu ermorden. Es war beschlossen worden, die vier Männer sollten den Mann festhalten, während die Frau mit einem Beil ihren Mann niederschlagen sollte. Der Mord konnte aber nicht so ausgeführt werden, weil D. an jenem Abend auf einem anderen Wege nach Hause kam und merkte, was man plante. Als er sich dann anschickte, Hilfe zu holen, wurde er hinterrücks überfallen und mit ganz gefährlichen, vorher eigens fertiggestellten Mordwerkzeugen über den Kopf geschlagen, sodaß er zu Boden stürzte. Von hier schleifte man ihn um die Baracken herum und warf ihn in eine große Wasserpfütze, wo man noch immer auf ihn einschlug und — da er noch immer Lebenszeichen von sich gab — auch in der Pfütze zu ertränken versuchte. Als dann die Polizei am Tatort erschien, war D. bereits tot. Die vier Männer haben bereits gestanden. Es hat sich herausgestellt, daß Frau D. die Anstiftferin und Haupttriebfeder der ganzen Angelegenheit gewesen ist.

Gräßlicher Raubmord.

○ **Bielefeld**, 9. Juni.

Ein blutiges Drama spielte sich in der letzten Nacht in Schloß Holte im Bahnhofshotel ab, wo der Gastwirt Dresselhaus gegen 4 Uhr morgens ermordet wurde. Die Ehefrau des Ermordeten, der Vater und die Hausangestellte wurden schwer verletzt. An Einzelheiten erfahren wir hierzu noch folgendes: Ein bisher noch unbekannter Täter ist etwa gegen 3 Uhr in das Schlafzimmer des Gastwirts eingedrungen und hat diesen mit einem Hammer getötet. Die zur Hilfe herbeieilende Ehefrau wurde durch zwei starke Hammerschläge des Mörders schwer verletzt. Als der Vater des Gastwirts, durch den Lärm aufmerksam gemacht, in das Schlafzimmer eindrang, wurde er ebenfalls von den Täter durch Hammerschläge besinnungslos niedergestreckt. Die darauf in das Schlafzimmer zu Hilfe eilende Hausangestellte geriet mit dem Täter in ein Handgemenge, wobei es ihr gelang, ihm das Mordinstrument aus der Hand zu schlagen, das zerbrach. Der Täter ergriff darauf die Flucht. Die Mordkommission der Landeskriminalpolizei Bielefeld hat die Verfolgung aufgenommen. Schon mittags nahm die Polizei die Verhaftung eines älteren Mannes vor, der in der Mordnacht in einem benachbarten Gasthause übernachtet hatte und erst morgens angeblich von einem Spaziergang zurückkehrte. Der Mann machte auf den Wirt einen sehr verstörten Eindruck. Der Oberstaatsanwalt verhörte sogleich den Verhafteten am Tatort.

Ueber das Motiv zur Tat ist zur Zeit noch nichts bekannt. Wie verlautet, soll der Ermordete nach Aussagen seines Schwagers ungefähr 5000 Mark in seiner Wohnung gehabt haben, die man bisher noch nicht auffinden konnte. Ob der Mörder dieses Geld rauben wollte, oder geraubt hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Nationalsozialisten beschuldigen Kommunisten, die Abteikirche beschmiert zu haben.

Essen, 9. Juni.

Die Beschmierung der Werdener Abteikirche mit Hakenkreuzen paßt den Nationalsozialisten schlecht in ihre Propaganda. Wie zu erwarten, beschuldigen die Nationalsozialisten prompt ihre Terrorbrüder von links, die Kommunisten, die Werdener Abteikirche beschmiert zu haben. Diese Beschuldigung tritt so selbstverständlich ein, wie etwa im Januar dieses Jahres die nationalsozialistische Behauptung, die Kommunisten hätten den Pg. Guse ermordet. Hinterher stellte sich dann heraus, daß die eigenen Pg. ihren Mitpg. bei irgendeiner „Aktion" von hinten erschossen hatten. Der Beweis war so einwandfrei daß nicht einmal mehr die National-Zeitung die Stirn hatte, die Täterschaft ihrer Pg. zu leugnen. Die Schmierfinken, die sich an der Werner Abteikirche vergangen haben, sind noch nicht gefaßt. Es steht bisher also noch nicht fest, daß es Nationalsozialisten sind. Aber ebensowenig ist bisher erwiesen, daß es keine Nationalsozialisten, sondern etwa Kommunisten sind. Die Wahrscheinlichkeit, so sagt die „Vztg.", spricht nach wie vor dafür, daß Nationalsozialisten die Täter sind. Im allgemeinen pflegen die Radikalen das fremde Eigentum mit ihren eigenen Emblemen und Schlagworten zu bemalen. Daß auf dem Werdener Missionskreuz ein Hakenkreuz falsch herum aufgemalt worden ist, ist keineswegs ein Gegenbeweis. Es wird doch selbst die „National-Zeitung" nicht die verwegene Behauptung aufstellen, daß alle Pg. in der Lage wären, ein „richtiges" Hakenkreuz zu zeichnen. Die Beschuldigung der Kommunisten, die an sich natürlich auch zu einem Schandstück wie dem Werdener fähig sind, kommt aus den Nazizeitungen so regelmäßig und so allgemein, daß nicht das geringste mehr darauf zu geben ist. Einen Beweis für ihre Beschuldigung der Kommunisten erbringt die „National-Zeitung" natürlich nicht. In vielzuvielen Fällen wurden die Nationalsozialisten als Feinde des Christentums und besonders der katholischen Kirche überführt. Noch im Mai haben sie in Essen-Bredeney eine friedlich daherziehende Hardenberg-Prozession gestört. Das Blatt mit dem „deutschen Katholiken", die „Rhein.-Westfäl. Zeitung", berichtet in der gestrigen Abendausgabe über die Werdener Schandtat. Diese Zeitung schließt ihren 8zeiligen Bericht mit dem Satz: „Man nimmt an, daß die Täter im kommunistischen Lager zu suchen sind". Sonderbar, aber auch wieder nicht, wenn man bedenkt, daß dieses Blatt in scharfer Konkurrenz mit der Essener Nazi-Zeitung steht.

Die Reichskonditorenausstellung geschlossen.

— **Essen**, 9. Juni.

Am Mittwoch in den frühen Nachmittagsstunden setzte wieder ein starker Verkehr zu den Ausstellungshallen ein, der sich bis in die Abendstunde fortsetzte. Bereits gegen 16,30 Uhr konnte seitens der Ausstellungsleitung dem 100 000 Besucher der ausgesetzte Barpreis von 100 Mark überreicht werden. Es war die Witwe des Kruppschen Drehers Alnat aus dem Altenhoff. Punkt 8 Uhr wurden die Hallen geschlossen und die Reichskonditorenausstellung Essen 1932 hatte ihr Ende gefunden. Alles in allem: ein überraschend großer, voller Erfolg.

Politische Zusammenstöße in Krefeld.

◆ **Krefeld**, 9. Juni.

Auf der St. Antoniusstraße Ecke Westwall kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und einem Nationalsozialisten, wobei ein Kommunist versuchte, dem Nationalsozialisten das Parteizeichen abzureißen. Hierdurch entstand ein Handgemenge. Der Nationalsozialist erhielt einen Messerstich in die rechte Schulter und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Dr. Heuckenkamp gegen Kaution freigelassen.

Wuppertal, 9. Juni.

Der im Hückeswagener Totschlagsprozeß zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilte Zahnarzt Dr. Heuckenkamp ist gegen eine Kaution von 2000 RM. auf freien Fuß gesetzt worden. Die Kaution wurde aufgebracht aus Kreisen der NSDAP. 1000 Mark zahlte man ihm in bar aus, während für die übrigen 1000 Mark eine Bürgschaft hinterlegt wurde. Wie die „Frankf. Ztg." hört, wurde auch ein Haftentlassungsantrag für den Angeklagten Wilmund, der zu 3 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, gestellt. Vorläufig scheitert die Haftentlassung noch an der Höhe der verlangten Kaution von 10 000 Mark. Eine Sammlung ist bereits im Gange. Dr. Heuckenkamp kündigt in den Tageszeitungen an, daß er seine Praxis wieder aufgenommen habe. Die Sache erregt natürlich großes Aufsehen.

Vater von elf Kindern tödlich verunglückt.

× **Düsseldorf**, 9. Juni.

Ein Bauunternehmer, der auf einem Fahrrad nach Hause fahren wollte, wurde auf der Landstraße von einem Kraftwagen überfahren. Der Verunglückte, der etwa 50 Meter von dem Auto mitgeschleift wurde, war sofort tot. Er hinterläßt elf Kinder.

25 Millionen Fehlbetrag in Köln.

:: **Köln**, 9. Juni.

Wie die „Köln. Ztg." meldet, beläuft sich der Fehlbetrag im Haushaltsplan der Stadt Köln, der in der nächsten Woche den Stadtverordneten unterbreitet werden soll, auf rund 25 Millionen Mark. Nach den Informationen des Blattes ist in dem Haushaltsplan kein Zuschuß des Reiches eingesetzt.

Explosion in der Dynamit AG. Troisdorf.

Troisdorf, 9. Juni.

Aus bisher vollkommen unerklärlicher Ursache entstand eine Explosion von Knallquecksilber in einem Trockenhaus der Zündhütchenfabrik des hiesigen Werks der Dynamit A.-G. Der Raum, in dem nach Wissen der Werksverwaltung seit Mittwoch niemand anwesend war, flog in die Luft, das Gebäude wurde zerstört. Menschenleben kamen nicht zu Schaden. Der Betrieb wird durch das Unglück nicht unterbrochen.

Gemeinschaftstheater Bonn-Gladbach-Rheydt beschlossen.

Bonn, 8. Juni.

Nach eingehender Prüfung sämtlicher Vorschläge entschied sich der Ausschuß dahin, der Stadtverordnetenversammlung die Annahme des Angebots der Stadt Gladbach-Rheydt vorzuschlagen. Sämtliche Mitglieder, bei einer Stimmenthaltung, stimmten für den gemeinschaftlichen Theaterbetrieb. In Bonn wird das Schauspiel erhalten bleiben, während in Gladbach-Rheydt Oper, Operette und eine Tanzgruppe stationiert sind. Der Leiter des neuen Theaters ist Intendant Fritz Kranz. Die beiderseitigen städtischen Orchester werden für die jeweiligen musikalischen Aufführungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Zahl der Schauspielkräfte in Bonn soll rund 25 betragen, die Gagen werden etwa denen entsprechen, welche die Bonner Schauspieler selbst bei ihrem Vorschlag eines Genossenschaftstheaters in Rechnung setzten. Die musikalischen Kräfte sollen ihren festen Wohnsitz in Gladbach-Rheydt haben. Es sind mit der Tanzgruppe voraussichtlich annähernd 40. Der jeweilige Aufenthalt der Spielkörper in der andern Stadt wird von der Theaterleitung bestritten. Bonn stellt für dieses Gemeinschaftstheater einen Zuschuß von etwa 24 000 Mark sowie das spielfertige Haus zur Verfügung.

Altes rheinisches Kloster dem Verfall geweiht.

:-: **Vallendar**, 8. Juni.

Das in der Nähe liegende, aus dem 13. Jahrhundert stammende Nonnenkloster Schönstadt, gerät immer mehr in Verfall. Nachdem im April ds. Js. der Südturm eingestürzt ist, droht nun auch den Nordturm das gleiche Schicksal zu ereilen. Es soll versucht werden, den Turm durch gründliche Ausbesserung der schadhaften Stellen zu erhalten. Von einer behördlichen Untersuchungskommission wurden zu diesem Zweck staatliche Mittel angefordert.

Drahtverhausperre an der französischen Grenze.

:: **Trier**, 9. Juni.

Seit Mittwoch abend wird die französische Grenze gegenüber Luxemburg und an der deutschen Obermosel von französischen Genietruppen durch Drahtverhaue abgeschlossen. Wie die französische Behörde erklärt, hat die Drahtabschließung den Zweck, den Kontrolldienst für die französischen Grenzer zu erleichtern, der bisher von diesen durch Patrouillen ausgeübt worden sei. Jetzt sollen besondere Grenzübergangsstellen geschaffen werden, um ein unerlaubtes Ueberschreiten der Grenze zu verhindern.

Zu Ehrenbürgern der Stadt Monschau ernannt.

Aachen, 9. Juni.

Die Stadt Monschau hat durch einstimmigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung dem Aachener Diözesanbischof Dr. Vogt, dem frühern Bürgermeister von Monschau, Wilhelm Vogt, und dem 50 Jahre alt gewordenen Eifeldichter Dr. Ludwig Mathar, von dem wir vor einigen Tagen in unserer Zeitung eine längere Lebensbeschreibung brachten, das Ehrenbürgerrecht der Stadt verliehen.

Naziredakteur mit Gefängnis bestraft.

Kassel, 9. Juni.

Vom Erweiterten Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt, wurde der frühere verantwortliche Schriftleiter des hiesigen Naziblattes, W. Bergemann. Er hatte in dem Blatt behauptet, ein sozialdemokratischer Stadtrat habe versucht, Unterschlagungen eines ihm unterstellten, gleichfalls sozialdemokratischen Verwaltungsdirektors zu vertuschen. Demgegenüber stellte die Begründung der Verurteilung fest, für die Behauptung des Angeklagten sei auch nicht der Schein eines Beweises erbracht worden. Im Gegenteil sei der Stadtrat gegen die Verfehlungen mit großer Schärfe vorgegangen. Aus den neuen Vorstrafen des Angeklagten habe das Gericht gefolgert, daß B. in seiner Tätigkeit als Politiker und Journalist keine Grenzen in der Verunglimpfung politischer Gegner kenne.

Großgeldfälschungen.

14 Personen verhaftet.

— **Mainz**, 9. Juni.

In der Stadt Mainz und Umgebung wurden in letzter Zeit in großer Zahl falsche 5, 3 und 2 Mark-Stücke in Umlauf gesetzt. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, die Falschmünzer zu ermitteln. Es wurden insgesamt 14 Personen verhaftet und in das Mainzer Landgerichtsgefängnis eingeliefert. Sämtliche Werkzeuge, die zur Herstellung der Falschstücke verwendet wurden, konnten beschlagnahmt werden. Die Festgenommenen sind geständig. Weitere Verhaftungen stehen noch bevor.

*

:-: **Wilhelmshaven**, 7. Juni. **Kommunalbeamtentagung.** Der diesjährige Verbandstag des jetzt 110 000 Mitglieder umfassenden Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens findet am 17. und 18. Juni in Wilhelmshaven statt. Neben der Erstattung des Geschäftsberichtes durch den Vorsitzenden, Magistratsrat Gutschmidt, Berlin, stehen auf der Tagesordnung „Die Notverordnungen in ihren rechtlichen Folgen für die preußischen Gemeindebeamten und Angestellten" (Berichterstatter Dr. von Bremen und Dr. Daniels) sowie „Neue Pläne gegen das kommunale Berufsbeamtentum" (Berichterstatter Schriftleiter Dr. Haneld-Berlin). Die Tagung wird sich im übrigen, auch auf Grund vorliegender Anträge, mit allen Fragen der gegenwärtigen Beamtenpolitik beschäftigen.

Wettervorhersage für Freitag:

Zunächst wechselnd wolkig und heiter, etwas wärmer, später Bewölkungszunahme bei auffrischenden südwestlichen Winden. Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Wieder stärker wolkig, mild, erhöhte Niederschlagsneigung, südwestliche Winde.

Tägliche Wetteraussichten auf eine Woche im voraus.

12. Juni: Wolken, teils Sonne, vielfach Regen, kühl, Wind.
13. Juni: Veränderlich, kühl, vielorts Regenfall, Wind.
14. Juni: Wenig andere Lage.
15. Juni: Veränderlich, Sonne, ziemlich kühl, sehr windig.
16. Juni: Wolken, teils heiter, verbreitete Regenfälle, kühl, Wind.
17. Juni: Sonne, Wolken, ziemlich warm, vereinzelt Regen, Gewitterneigung, Wind.
18. Juni: Vielfach heiter, angenehm warm, später Gewitterneigung.

Wer wird D.F.B.-Meister?

Eintracht-Frankfurt oder Bayern-München?

Nürnberg, 9. Juni.

Das DFB.-Finale ist durch die Teilnahme von Eintracht Frankfurt und Bayern München diesmal eine rein süddeutsche Angelegenheit und gleichzeitig eine Neuauflage der Süddeutschen Meisterschaft geworden. In dem seinerzeitig vielumstrittenen Kampf behielten bekanntlich die Frankfurter mit 2:0 die Oberhand. Ob es zu einer Wiederholung reicht, muß aber dahingestellt bleiben, denn die damaligen Vorgänge auf dem Stuttgarter Spielfelde sollten wohl allen noch genügend bekannt sein. Der Weg der Frankfurter ist diesmal wesentlich schwerer noch, denn sie haben Bayern München in Nürnberg aufzusuchen; also in der bayrischen Hochburg, wo die Mainvertreter nicht nur gegen den Rivalen, sondern auch noch gegen alles Aeußerliche anzukämpfen haben. Wenn auch in den Endkämpfen der eigentliche Favorit, 1. FC. Nürnberg, in der Vorschlußrunde ausschied, so blieb den Süddeutschen immerhin die Genugtuung, dennoch die Endspielgegner zu stellen.

Beide Mannschaften stehen erstmalig im Endspiel um die „Deutsche", was zweifellos das Spielniveau heben dürfte. Die sich hier bietende Chance, den Meistertitel zu erringen, werden wohl beide Clubs mit allen Kräften auszunutzen versuchen. Daß es hierbei recht hart und erbittert zugeht, wird wohl niemand bezweifeln. Es ist sehr schwer, hier den voraussichtlichen Meister zu nennen. Das 2:0 von Stuttgart kann man nicht als Maßstab nehmen. Der Vergleich zwischen beiden Mannschaften stellt die Bayern zweifellos in ein günstigeres Licht, denn diese pflegen das technisch schönere und für's Auge gefälligere Spiel. Frankfurts Stärke liegt vor allem in der klugen Taktik. Die Elf spielt weniger elegant und rassig, dafür aber umso kaltblütiger und mit einer Ruhe, die selbst in den gefährlichsten Momenten nicht verloren geht.

Es fragt sich also, wie die Bayern diesmal den Gegner aufnehmen. Kommt die Elf früh genug ins Spiel u. kann sie ihr technisches Können voll entfalten, wird es recht kritisch vor dem Frankfurter Tor hergehen. Allerdings bleibt hier abzuwarten, wie sich die Verteidigung Schütz-Stubb darauf einstellt, deren internationales Format zweifellos zur Genüge bekannt ist. Das Bestreben der Frankfurter wird es sein, gerade das Angriffsspiel der Bayern so zu hemmen, daß es im Strafraum die Wirkung verliert. Dies haben sie gegen einen Gegner von gleichem Format, Schalke 04, ausgezeichnet fertiggebracht, sodaß es schon möglich ist, auch hier damit Erfolg zu haben. Die Hintermannschaft der Bayern ist vorzüglich, dagegen die Läuferreihe etwas schwächer. Ausgezeichnet aber wieder der Angriff und dieses Plus müßte u. E. ausreichen, um den Meistertitel zu erringen, vorausgesetzt natürlich, daß es auch mit der nötigen Taktik vorgebracht wird. Wir warten lieber das Ende ab und wünschen, daß die bessere Elf den Sieg behält.

Amateurboxen.

Amerika-Ausscheidungen der Amateurboxer.

Die letzten Ausscheidungen für den Länderkampf gegen Amerika und für die Olympischen Spiele veranstaltet der Berliner Polizei Sportverein. Im ersten Kampftag am Freitag in Ulap treten die Bewerber im Bantam-, Welter-, Mittel- und Halbschwergewicht an. In den übrigen Klassen werden die Kämpfe am 17. Juni ausgetragen. Für die Veranstaltung am Freitag lauten die Kampfpaarungen: Bantamgewicht: Ziglarski-München — Hirsch-Augsburg; Möhl-Berlin — Beck-Düsseldorf; Weltergewicht: Campe-Berlin — Balzer-Dortmund; Weiße-Chemnitz — Mietschke-Stettin; Mittelgewicht: Hornemann-Berlin — Böhm-München; Berger-Dortmund — Stachowiak-Oberhausen; Halbschwergewicht: Berger-Duisburg — Aschmoneit-Harburg; Pietsch-Leipzig — Glaser-Oberndorf.

Bei Hirsch, Balzer, Stachowiak und Glaser handelt es sich um die Vertreter des DASV 91.

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

× **Berlin, 9. Juni.**

Im Gegensatz zu dem wieder recht schwachen New York eröffnete die heutige Berliner Börse in auffallend widerstandsfähiger Haltung. Noch vorsbörslich konnte man niedrigere Kurstaxen hören, die aber den ersten offiziellen Notierungen nicht mehr entsprachen, da bei den Banken kleine Kaufordres der Kundschaft eingetroffen waren, zu denen sich ein gewisses Deckungsbedürfnis der Kulisse gesellte. Ziemlich fest lagen Bahnaktien, von denen AG. f. Verkehrswesen und Allg. Lokal und Kraft je 1 Proz. gewannen, ferner waren Montanpapiere unter Führung von Rheinstahl wieder begehrt und schließlich machte sich für Tarifwerte einiges Interesse geltend. Andererseits eröffneten Schubert und Salzer in Reaktion auf die gestrige Steigerung 3 Proz. und Braunkohlenwerte unter Vorangehen von Ilse, in denen das Angebot wieder nur klein war, wieder bis zu 3¼ Proz. niedriger. Das Geschäft war nach wie vor sehr klein, da

> die sich aus der neuen preußischen Notverordnung ergebenden Belastungen auf der einen Seite zwar verstimmten, man andererseits von ihnen aber eine Entlastung des Etats erwartet.
>
> Ferner befriedigte, daß entgegen den gestrigen Gerüchten keine akuten Kassenschwierigkeiten beim Reiche bestehen, daß die Entlastung am Arbeitsmarkt weitere, wenn auch nicht allzu große Fortschritte gemacht hat und daß der Reichsbankausweis für die erste Juniwoche im großen und ganzen als entspannt bezeichnet werden kann.

Auch im Verlaufe blieb an den Aktienmärkten das Geschäft ruhig. Es setzten sich aber meist Erholungen um Bruchteile eines Prozentes durch, da sich

> auf Grund vorliegender ausländischer Pressemeldungen die Hoffnungen für Lausanne etwas gebessert

haben. Am Rentenmarkt war die Stimmung allgemein freundlicher. Deutsche Anleihen lagen allerdings kursmäßig nur behauptet, auch Industrieobligationen waren nicht ganz einheitlich. Dagegen konnten Reichsbahnvorzugsaktien ½ Prozent gewinnen und Reichsschuldbuchforderungen bis zu 1 Prozent anziehen. Auch die Berliner Schätze scheinen weiter gefragt zu sein.

Gegen 12,45 Uhr machte sich an den Aktienmärkten ein Stimmungsumschwung bemerkbar. AEG verloren auf stärkere Abgaben ¾ Proz., während Siemens um etwa 2 Proz. zurückgingen. Hiervon ausgehend wurde es auch an den übrigen Märkten schwächer, die Gewinne der ersten Börsenstunde gingen zumindest wieder verloren. Schubert und Salzer büßten erneut 2 Proz. ein.

Am Berliner Geldmarkt machte die Erleichterung weitere Fortschritte. Tagesgeld war in der unteren Grenze schon mit 5⅛ Proz. erhältlich, während Monatsgeld mit 6 bis 8 Prozent nominell unverändert blieb. Die Nachfrage nach Privatdiskonten hielt an.

★

Reichsbankausweis vom 7. Juni 1932.

● **Berlin, 9. Juni.**

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Juni 1932 hat in der verflossenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten sich um 97,8 Millionen auf 3531,4 Millionen RM. verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und -Schecks um 41,2 Millionen auf 3031,4 Millionen RM. zugenommen, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 12,0 Millionen auf 6,3 Millionen RM. und die Lombardbestände um 108,0 Millionen auf 129,2 Millionen RM. abgenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 80,1 Millionen RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 71,2 Millionen auf 3889,4 Mill. RM., derjenige an Rentenbankscheinen um 8,9 Mill. auf 404,4 Millionen RM. verringert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 22,8 Millionen RM. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 357,5 Millionen eine Abnahme um 73,0 Millionen RM.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 4,7 Millionen auf 986,6 Millionen RM. vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 14,3 Millionen auf 848,4 Millionen RM. abgenommen und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 9,6 Mill. auf 138,2 Millionen RM. zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 25,4 Prozent gegen 25 Prozent in der Vorwoche.

Hamburg-Süd 3:1.

Der Aufsichtsrat der Hamburg-Südamerika Dampfschiffahrtsgesellschaft hat beschlossen, die bestehenden 110 Mill. RM. Vorratsaktien, die bei der DD.-Bank liegen und zu 25 Prozent eingezahlt sind, einzuziehen und den Nennbetrag des restlichen Grundkapitals von 30 Mill. Reichsmark im Verhältnis von 3:1 auf 10 Mill. RM. herabzusetzen.

Wanderer-Werke.

Kapital-Zusammenlegung 2:1.

Der Aufsichtsrat der Wanderer-Werke vormals Winkelhover & Jaenicke Akt.-Ges. in Schönau bei Chemnitz beschloß, der auf den 29. Juni einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, 14 000 RM. eigener Stammaktien einzuziehen und die verbleibenden Stammaktien im Verhältnis von 2:1 auf 7 818 000 RM. zusammenzulegen. Auch die 84 000 RM. Vorzugsaktien werden im gleichen Verhältnis auf 42 000 RM. zusammengelegt. Weiter soll der Reservefonds von 2 470 322 RM. auf 786 000 RM. ermäßigt werden. Die Herabsetzung soll zum Ausgleich von Wertminderungen von Vermögen der Gesellschaft und zum Zwecke der Deckung von Verlusten erfolgen.

Märkte.

Dortmunder Pferdemarkt.

× **Dortmund, 9. Juni.** Zum heutigen Pferdemarkt waren aufgetrieben 547 Pferde und 25 Wagen aller Art. Der Handel war in guten Tieren mittel, sonst sehr langsam. Es wurde gezahlt für: Kaltblüter: beste Arbeitspferde und Stuten 625—725 RM., II. Arbeitspferde 400 bis 600 RM., III. Arbeitspferde 200—350 RM.; Warmblüter: a) 525—700, b) 350—525, c) 200—300 RM.; Kreuzungen: a) 475—625, b) 325—475, c) 175—275 RM. Einzelne ausgesuchte Tiere wurden über Notiz bezahlt. Der nächste Markt findet am 23. Juni statt.

Osnabrücker Schlachtviehmarkt.

× **Osnabrück, 9. Juni.** Auftrieb: Großvieh 82, darunter 30 Bullen, Kälber 155, Schweine 266. Es kosteten: Bullen: a) 26—28, b) 24—25, c) 22—23; Kühe: a) 28 bis 30, b) 25—27, c) 20—24, d) 15—19; Färsen: 25—35; Kälber: a) —, b) 40—43, c) 35—39, d) 28—34; Schweine: a) 40, b) 38—40, c) 32—37, Sauen 28—36. Marktverlauf: Bei Großvieh mittel, bei Kälbern schlecht, bei Schweinen gut. Nächster Markt am 16. Juni.

Hamburger Schlachtviehmarkt.

× **Hamburg, 9. Juni.** Auftrieb: 343 Ochsen, 292 Quienen 292, Bullen 343, Kühe 520, Fresser 64, Stallmastschafe 1550, Weidemastschafe 730. Es kosteten: Ochsen: a) 36—38, b) 31—35, c) 25—29; Färsen (Quienen): a) 36—38, b) 31—35, c) 25—29, d) 16—21; Bullen: a) 26 bis 28, b) 22—24, c) 17—21, d) 13—16; Kühe: a) 26—29, b) 21—24, c) 15—19, d) 8—12; Stallmastschafe: a) 33 bis 35, b) 28—31, c) 22—25; Weidemastschafe: a) 32—35, b) 26—28, c) 20—24, d) 8—10. Handel: mittel.

Dortmunder Getreidebörse.

◇ **Dortmund, 9. Juni.** Westf. Weizen 27—27,50; Westf. Roggen 21,25—21,50; Pomm. Hafer 51-52 kg 19,50 bis 20; Ostpreußischer Hafer 19—19,50; Ausländische Gerste 19—19,50; Plata-Mais 16,25; Cinquantino-Mais 16,70; Weizenmehl, Grundpreis Bäckermehl mit Austauschweizen 38,50—39, Roggenmehl 70 proz. aus verbilligtem Russenroggen hergestellt 29,50; Ostdeutsches Roggenmehl 28,50—28,75; Weizenkleie 10,25—10,50; Roggenkleie 9,25—9,50; Trockenschnitzel 9,25—9,50; Zuckerschnitzel 10,50—11. Tendenz: schwach. Diese Preise sind Großhandels-Verkaufspreise und verstehen sich per 100 kg, waggonfrei Dortmund, in Ladungen von 15 000 kg; bei Mehl zu Mühlen-Konventions-Bedingungen.

Berliner Produktenbericht.

Berlin, 9. Juni. Das Angebot am Getreidemarkt hat gegen die letzten Tage nicht unerheblich zugenommen, sodaß eine allgemeine Abschwächung eintrat. Alter Weizen litt infolge des stockenden Mehlgeschäftes unter ungenügender Nachfrage. Herbstweizen war heute aus der Provinz gleichfalls stärker angeboten und schwerer unterzubringen. Die Preise, auch am Lieferungsmarkt, waren bis zu 2½ M unter gestern. Am Roggenpraoptmarkt hat die staatliche Gesellschaft ihre Käufe in märkischer Waggonware eingestellt. Die Folge war eine Angleichung der Preise für märkischen Roggen an andere Provenienzen. Die Mühlen zeigen jedoch nur sehr wenig Nachfrage und wollen keine höheren Preise als für Auslandsroggen bewilligen. Dieses Preisniveau ist allerdings nahezu erreicht. Auch Herbstroggen war matter. Die Preise lagen im Einklang mit dem Lieferungsmarkt etwa 2 M niedriger. Weizenmehle waren wiederum billiger angeboten, doch konnte sich keine Geschäftsbelebung einstellen. Auch Roggenmehle lagen zu unveränderten Preisen ziemlich umsatzlos. Man verweist darauf, daß die geringe Preisdifferenz zwischen prompten und Herbstroggenmehl keinen Anreiz zu bieten vermag. Hafer lag im Einklang mit den anderen Getreidearten ebenfalls 1 bis 2 M im Preise gedrückt. Auch für Gerste rechnet man mit einer Herabsetzung der Notierung, da der Preis für zu hoch erachtet wird.

Die handelspolitischen Besprechungen mit Holland

sind infolge des Wechsels der Reichsregierung ins Stocken geraten, da man nicht weiß, ob das neue Kabinett hier vollständig die Richtlinien der Regierung Brüning befolgen wird. Bekanntlich war vorgesehen, die bisherige Butterzollregelung derart umzubauen, daß die Hauptabnehmer der deutschen Ausfuhr, vielleicht in Höhe gewisser Quoten, wie früher größere Mengen Butter nach Deutschland liefern können, als die kleinen Länder, die inzwischen in den Genuß des 5000-Tonnen-Kontingents zum niedrigeren Zoll gekommen sind. Im Zusammenhang damit war in Aussicht genommen, den vertraglichen und autonomen Butterzoll einheitlich auf 75 RM. festzusetzen, während der Maximalzoll gegenüber gewissen Nichtvertragsländern in Kraft geblieben wäre. Die Schwierigkeiten liegen aber auch noch bei anderen landwirtschaftlichen Produkten, zum Beispiel der Eiereinfuhr. Während man von der neuen Regerung bisher vergeblich Taten erwartet, durch die sich die schwierige Situation der deutschen Ausfuhrindustrien erleichtern ließe, haben die Holländer als Gegenmaßnahme gegen die deutsche Einfuhrrestriktion — die ja bekanntlich auch durch die beschränkte Devisenzuteilung erfolgt — einen vielleicht für die deutsche Ausfuhr sehr nachteiligen Parlamentsbeschluß gefaßt. Dieser Beschluß ermächtigt die holländische Regierung, die Einfuhr im Verordnungswege zu beschränken, und zwar insbesondere auch durch verringerte Devisenzuteilung. Diese letztere Möglichkeit ist eine Folge des Umstandes, daß außer den allgemeinen Außenhandelsbesprechungen auch die Bemühungen um ein holländisch-deutsches Devisenclearing ergebnislos geblieben sind. Leider läßt man deutscherseits den Konkurrenten Deutschlands Zeit, die öffentliche Meinung in Holland noch weiter gegen den Warenbezug aus Deutschland aufzuputschen. Im Interesse der deutsch-holländischen Beziehungen dürfte es aber wohl liegen, wenn man in Holland noch etwas Geduld angesichts des deutschen Regierungswechsels zeigt und bei Beurteilung der deutschen Devisenbeschränkung die allgemeinen Ursachen berücksichtigt.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 9. Juni 1932.

(Getreide und Oelsaaten per 1000 Kg, sonst per 100 Kg)

	8. 6.	9. 6.
Weizen märk.		
neue Ernte	259—61	255—57
Juli	267	266½—263
September	235	233½—233
Oktober	237	234½
Dezember	240½	238—237½
Tendenz:	ruhig	flau
Roggen märk.		
neue Ernte	192—194	191—193
Juli	189	186½—½
September	186½	184½—83½
Oktober	187	185½—84½
Dezember	190½	188½—187
Tendenz:	ruhig	matter
Gerste		
Braugerste	—	—
Futtergerste	172—178	170—76
Wintergerste	—	—
Tendenz:	ruhig	matter
Hafer märk.	161—165	158½—63½
Juli	172	170—168½
September	152	—
Oktober	—	—
Dezember	—	—
Tendenz:	ruhig	matt
Mais Waggon frei ab	—	—
Hamburg	—	—
Tendenz:		

	8. 6.	9. 6.
Weizenmehl	31½—35½	31½—35¼
Tendenz:	lustlos	matter
Roggenmehl	25¼—27¼	25.6.27.6
Tendenz:	still	schwäch.
Weizenkleie	10.6—11.1	10.5—11
Tendenz:	ruhig	matter
Roggenkleie	9.8—10.3	9.8—10.3
Tendenz:	behaupt.	behaupt.
Raps	—	—
Tendenz:		
Leinsaat	—	—
Tendenz:		
Viktoriaerbs.	17—23	17—23
kl. Speiseerbs.	21—24	21—24
Futtererbsen	15—17	15—17
Peluschken	16—18	16—18
Ackerbohnen	15—17	15—17
Wicken	16—18	16—18
Lupinen blau	10—11	10—11
gelbe	14—15½	14—15½
Seradella alt	—	—
neu	—	—
Rapskuchen	—	—
Leinkuchen	10.3—10.4	10.3—10.4
Trockenschn.	8.7	8.7
Soyaschrot	10.1—10.2	10.1—10.2
Torfmelasse	—	—
Kartoffelflock	—	—

Speisekartoffeln, weiße	1.80—2.00
Speisekartoffeln, rote	2.00—2.20
Odenwälder blaue	—
Nieren	—
Andere gelbfleischige	3.00—3.20
Fabrikkartoffeln in Pfg.	7½—8½
Weizenausfuhrscheine	—
Roggenausfuhrscheine	—
Gerstebezugsscheine	per sofort 42 per Juni 41
Maisbezugsscheine	49 Geld

Bremen: Baumwolle (amtlich)

	9. 6.			8. 6.		
loko	Brief 5.16	Geld	bezahlt	Brief 6.27	Geld 6.01	bezahlt
Juli	5.90	5.85	5.87	6.05	6.01	
Oktober	6.14	6.12	—	6.26	6.23	
Dezember	6.30	6.28	6.29	6.42	6.38	
Januar 1932	6.38	6.37	—	6.49	6.46	6.47
März	6.52	6.49	6.51	6.64	6.59	
Mai	6.63	6.61	6.62	6.77	6.73	

Tendenz: ruhig

Liverpool: Baumwolle

	9. 6.	8. 6.		9. 6.	8. 6.
loko	4.18	4.20	Februar 33	3.94	4.00
Juni	3.86	3.93	März 33	3.97	4.03
Juli	3.84	3.91	April 33	4.00	4.05
August	3.87	3.94	Mai 33	4.01	4.07
September	3.86	3.92	Juni 33	4.03	4.09
Oktober	3.86	3.92	Juli 33	4.06	4.12
November	3.87	3.93	Oktober 33	4.11	4.18
Dezember	3.88	3.94	Januar 34	4.17	4.24
Januar 33	3.91	3.97	März 34	4.22	4.30

	9. 6.	8. 6.
Tagesimport	1000	7600
Tageslokoverkäufe	—	—
Exportverkäufe	—	—
Aegypt. Upper F. G. fair loko	—	—

Tendenz: stetig

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	9. 6.	7. 6.
Loco Surtee F. G.	3.83	3.84
„ Broach F. G. (Good Staple)	3.70	3.71
„ M. G. Punjab/American F. G.	3.74	3.75
„ Centr. Provinces Comra Nr. 1	4.48	4.49
„ Bengal F. G.	3.34	3.35
„ Bengal Superfine	3.54	3.55
„ Sind F. G.	3.34	3.35
„ Sind Superfine	3.54	3.55

New Orleans: Baumwolle

	9. 6.	8. 6.		9. 6.	8. 6.
loco	4.95	5.01	Januar	5.40	5.46
Juli	4.95—96	5.04—05	März	5.54	5.63
Oktober	5.17—19	5.26	Mai 33	5.66—70	5.79
Dezember	5.33	5.41	Tendenz: k. stetig		

New York: Baumwolle

	9. 6.	8. 6.		9. 6.	8. 6.
loco	5.00	5.10	Dezember	5.32—33	5.42
Juni	4.85	4.94	Januar	5.38—39	5.48
Juli	4.93—94	5.02—03	Februar	5.46	5.56
August	5.01	5.10	März	5.55	5.65—67
September	5.09	5.18	April	5.63	5.72
Oktober	5.18—19	5.27—28	Mai	5.71	5.80
November	5.25	5.34	Tendenz: k. stetig		

Geschätzte Totalzufuhren	—
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	1000
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen	4000
Zufuhren in Pacific-Häfen	2000
Zufuhren im Innern	1000
Export nach England	—
Export nach Frankreich	—
Export nach dem übrigen Kontinent	3000
Export nach Japan und China	1000
Fracht n. Liverpool f. stark gepr. Ballen	45
Fracht für Standard	60

Volkswohl-Lotterie
Ziehung 15.—21. Juni 1932.
52340 Gewinne und 2 Prämien im Werte von
RM. 400000
Höchstgewinn auf ein Doppellos im Werte von
RM. 150000
Hauptgewinn auf ein Doppellos im Werte von
RM. 100000
Höchstgewinn auf ein Einzellos im Werte von
RM. 75000
Für alle Gewinne auf Wunsch 90% in bar.
Los RM. 1.— Doppellos RM. 2.— Glücksbriefe mit 5 Losen RM. 5.— Glücksbriefe mit 5 Doppellosen RM. 10.— (Porto u. Liste 40 Pfg. extra) versendet nur per Nachn.:
Anzeigen-Verwaltung der Zeno, Münster i. Westf., Salzstraße 33 a
Postscheckkonto Dortmund 20726.

Brauntederner Handkoffer gefunden. Derselbe enthält unter anderem ein Taschentuch gezeichnet H. R. Näh. in der Geschäftsstelle des Tageblattes in Dochtrup.

Kapitalanlage! Schönes schwer. eichenes Schlafzimmer und eine ganz hervorragende Küche beide Zimmer ganz neu, umständehalb. sehr billig aus Privathand zu verk. Angeb. u. DO 8396 an Ala Haasenstein & Vogler, Dortmund.

Hörapparat „Overhage" für jede Lautstärke, für jeden Grad der Schwerhörigkeit für jeden Geldbeutel. Preis von 36.- RM. an
Vorführung unverbindlich in besonderen Räumen oder in Ihrer Wohnung.
Verlangen Sie umsonst und portofrei Liste 095.
Optische Anstalt Overhage Münster i. W., Prinzipalmarkt 3, A 82

Bruchleiden. Bücher ohne Schienen mit extra weicher Leibbinde, v. d. Kgl. Bay. Klinik Prof. Dr. Lanz, Kgnl. Instrum. Schlevenkamps Bandagenhaus, Dortmund 47, Uhlandstr. 28

Automarkt
Kleinwagen (Opel, Hanomag, B.M.W.) gegen sofortige Kasse zu kaufen gesucht. Angeb. erbeten unter R 231 an die Anzeig.-Verw. d. Zeno, Münster.

Opel-Innensteuer-Limousine 4/20 PS., neuwertig, letztes Modell, keine 20000 Klm. gelaufen, aus Privatband sehr preiswert zu verkaufen. B. Knubel, Automobilhaus, Münster i. W., Hammer Straße 28, Telephon S.-Nr. 21051.

Kath. Eben für Damen und Herren perm. streng reell, diskret und mit Erfolg E. Holthoff, Essen, Rüttenscheider Str. 184, Telephon 41321

Guterhaltener 3zöll. Ackerwagen äußerst preiswert abzugeben. Bernh. Wiesmann, Ameisbüren i. W.

Gute Stellung verdankt mancher dem tägl. Studium des „Zeno"-Arbeitsmarktes. Auch Sie handeln klug, wenn Sie jeden Tag den Stellen- und Arbeitsmarkt d. „Zeno" verfolgen.

Zeno - Arbeits- und Stellenmarkt

Angebote

Junge perfekte Friseuse zur Aushilfe gesucht. Off. unt. T 8502 an d. Bocholter Volksblatt, Bocholt i. W., erbeten.

Kath. Mädchen mit guten Empfehlungen, welch. 2 Kühe versorgen kann u. Haus- u. Gartenarbeit versteht, zum 1. Juli gesucht. Gastwirt Tewes, Vossum b. Dorsten.

Gesuche

Suche zum 1. oder 15. Juli Stellung in gastwirtschaftlichem Betrieb (auch Kaffeewirtschaft) a. Bedienen und Hausgeh. oder als Hausmädch. in bürgerl. Haute, wo ich kochen lern. kann. Gute Zeugn. vorhanden. Off. an das Lieb frauenstift, Münster.

Lehrstelle gesucht für Jungen, 17 Jahre, bei katholisch. Handwerker. Angebote an Karl Hentze, München-Gladbach, Venn. Stationsweg 110.

Maß-Anzüge
wenig getragen, von besseren Herrschaften, auch für stärkste Herren, von 9.— Mk. an
Gehrock-Anzüge . . . 18.—
Smoking-Anzüge . . . 22.—
Mäntel . . . 8.—
Einzelne Joppen, Hosen . . 2.—
Ferner:
Neue Anzüge . . . 15.—
Neue Hosen . . . 2.50
Neue Landschuhe . . . 4.—
Gamaschen, Rindleder . . 4.—
Auch der weiteste Weg lohnt sich.
Riesenauswahl.
Jakobson
Münster i. W., Windthorststr. 50
4 Minuten vom Hauptbahnhof.
Achten Sie auf die Hausnummer 50
Mein Geschäft bleibt die ganze Woche durchgehend geöffnet!
Kleine Fahrt wird vergütet!

Eishörnchen (groß) 1000 Stück 5,30 Mark.
Ewers & Co., Waffelfabrik, Münster i. W., Wolbecker Straße 61, Telephon

Aus Nah und Fern.

Liedern

e. **Einbruch.** In der Nacht zum Mittwoch drangen Diebe in das Geschäft des Müllers und Kaufmanns Heinrich Lensing an der Eisenhütte ein. Nachdem sie durch die Hintertür sich Eingang verschafft hatten, entwendeten sie Zigaretten, Schokolade und Käse. Sie ließen auch Bargeld mitgehen und entfernten sich unbemerkt durch die Seitentür. Anscheinend waren die Diebe nicht ganz ortsunkundig. Hoffentlich gelingt es der Polizei bald, sie ausfindig zu machen.

Anholt

§ **Wo versichert sich der katholische Arbeiter?** Am Sonntag fand eine Versammlung des Kath. Arbeitervereins statt. In dieser Versammlung hielt Direktor Pelster von der „Leo Volksversicherungsbank A.-G." einen ausführlichen Vortrag über eben diese Bank. Näheres über den Vortrag ist aus einer Notiz über die Versammlung des Kath. Arbeitervereins Isselburg zu ersehen, in der der Redner am Sonntag den nämlichen Vortrag gehalten hat.

Dingden

§ **Schmuggler gestellt.** Auf der Bocholter Landstraße wurden von Zollbeamten drei Schmuggler gestellt, die in Koffern und Paketen etwa 60 Pfund geschmuggelten Tabak bei sich führten. Die Waren wurden beschlagnahmt.

-e. **Ueberhandnehmende Reklame auswärtiger Firmen.** Der Erstkommuniontag rückt immer näher, und schon erscheinen wieder wie alljährlich die Werbebriefe fremder Firmen, namentlich aus dem Industriegebiet, die die Eltern der Kinder davon überzeugen sollen, daß der Kauf in auswärtigen Geschäften viel vorteilhafter sei. Diesem Bestreben gegenüber kann man gar nicht oft genug die Mahnung entgegensetzen: Kauft am Platze! Von den hiesigen Gewerbetreibenden wird stets verlangt, daß sie zur rechten Zeit ihre Steuern zahlen sollen. Wer aber auswärts kauft, der entzieht seiner Umgebung den Verdienst und damit auch jede Existenzmöglichkeit. Dem Gewerbetreibenden ist es unter solchen Umständen nicht möglich, den Forderungen des Finanzamtes nachzukommen. Außerdem kommt dem kaufenden Publikum die Stärkung der einheimischen Kaufmannschaft wieder zugute. Wer am Platze kauft, hat gleich die Garantie, gut bedient zu werden; denn man kann ohne jegliche Kosten Beanstandungen der Ware am Platze beseitigen lassen, was beim Kauf außerhalb des Ortes wieder mit neuen Kosten verbunden ist.

Krechting

= **Schützenfest.** Am kommenden Sonntag und Montag feiert der Allgemeine Bürgerschützenverein sein diesjähriges Schützenfest. Zu diesem Zweck wurde bereits ein Festzelt aufgebaut.

Rhede

gv. **Einigung im Verkoppelungsverfahren.** Am Donnerstag fand eine Sitzung der Deputierten des Umlegungsgebiets statt. Die letzte Sitzung hat am Montag, dem 15. März, stattgefunden. Damals lag ein Antrag der Gemeinde Altrhede vor, bei den Deputierten zu beantragen, daß der Verkaufspreis für die von den Gemeinden Rhede und Altrhede zu kaufenden Grundstücke von etwa 16 Morgen, die mit 2000,— ℳ pro Morgen angesetzt waren, auf 1500,— ℳ zu ermäßigen. Auf Grund dieses Antrages beschlossen seinerzeit die Deputierten folgendes: Die Deputierten sind bereit, die Grundstücke für 1800,— ℳ (also 10 Prozent billiger) zu veräußern, jedoch nur unter dem Vorbehalt, daß, wenn der ortsübliche Tagelohn von 3,20 ℳ bis zum Jahre 1935 steigen sollte, auch der Preis von 1800,— ℳ entsprechend der Steigerung des jetzt ortsüblichen Tagelohnes sich erhöhen müsse. Die Gemeindevertretung erklärte darauf dieses Angebot für unannehmbar. Auf der jetzt stattgefundenen Sitzung der Deputierten haben diese beschlossen, den Grundstückspreis auf 1500,— ℳ pro Morgen herabzusetzen, aber nur unter der Voraussetzung, daß die beteiligten Grundstückseigentümer mit dieser Regelung einverstanden sind. Ebenso wurde beschlossen, die sogenannte Teuerungsklausel fallen zu lassen. — Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß nun das Haupthindernis der Verkoppelung aus dem Wege geräumt ist. Die Ansichten über die Vorteile oder Nachteile des Umlegungsverfahrens sind heute noch grundverschieden. Sicher ist wohl, daß manche Grundstücke durch die Umlegung von Straßen, die im Bebauungsplan des Umlegungsverfahrens vorgesehen sind, bedeutend im Wert steigen.

Turnen / Spiel / Sport.

Sportklub 1926.

Am Sonntag sind die Stamm-Mannschaften spielfrei; die Freitagsversammlung fällt aus.

Jugendabteilung.

Die 1. Jugend spielt auf eigenem Platz gegen Olympias 1. Jugend. Anstoß 11 Uhr vormittags. — Die 2. Jugend spielt auch auf eigenem Platz gegen Isselburger Turnverein 1. Jugend. Anstoß 3 Uhr nachmittags. — Die Schülermannschaft muß auf dem Hünting gegen Olympias 2. Schülermannschaft das Pflichtrückspiel austragen. Aufstellungen werden am Freitagabend 8 Uhr in der Jugendversammlung bekannt gegeben.

Sportklub Westfalia Anholt.

Am Samstagabend 6,30 Uhr findet auf dem Platz am Pannebecker das Retourspiel unserer kombinierten Mannschaft gegen die 1. Mannschaft des Turnvereins Rees statt. Im Hinspiel konnte unsere Elf knapp, aber sicher mit 2:1 gewinnen. Man sollte annehmen, daß die Elf auch in diesem Spiel die Oberhand behalten wird.

Sport- und Spielverein Rhede.

Laut Versammlungsbeschluß sind die Trainingsstunden wie folgt festgelegt: Fußball: für Schüler: Dienstags und Donnerstags von 6—7 Uhr, für die Jugend und Stamm-Mannschaften: Dienstags u. Freitags ab 7,30 Uhr; Leichtathletik und Faustball: jeden Donnerstagabend von 7,30 Uhr ab. Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die festgesetzten Trainingsstunden nur für Vereinsmitglieder sind und in Zukunft eine Teilnahme von Nichtmitgliedern streng untersagt ist. — Sodann sei darauf hingewiesen, daß in den nächsten Tagen von den Unterkassierern die Mitgliedskarten zwecks Kontrolle eingezogen werden. — Ferner machen wir die hiesigen Sportanhänger auf das am kommenden Samstag stattfindende Abendspiel: Rhede 1. — V. f. L. Dülmen 1. aufmerksam. Alles Nähere wird noch an dieser Stelle bekannt gegeben.

*

Radsport

Radfahrerverein Westfalia 09 e. V.

Am Sonntag wird hier die Straßen-Gaumeisterschaft im Zweier-Mannschaftsfahren ausgetragen. Der vielen Meldungen wegen war der Verein gezwungen, für das große Treffen am Vereinslokal Rütten an der Molkerei ein Zelt aufzubauen, bei dem gleichzeitig Start und Ziel der Fahrer ist. Der Start ist morgens 9 Uhr. Die Strecke führt über 100 Kilometer. Bemerken möchten wir noch, daß sämtliche Bocholter Fahrer ihre Meldung abgegeben haben. Hoffentlich bleibt dieser Meistertitel auch in Bocholt. Im Zelt findet von 11 bis 1 Uhr Konzert statt, abends ab 5 Uhr ist großer Festball.

Deutsches Radsport-Jugendabzeichen (D. R. J. A.)

Die nächste Abnahme der Prüfung für das D. R. J. A. in Bronze findet am Samstag, dem 11. Juni, nachmittags 3 Uhr, statt. Treffpunkt an der Restauration Alois Overbeck (Bocholt, Dinxperloer Straße). Meldungen können noch abgegeben werden bei Karl Kreilkamp (Bocholt, Untere Blumenstr. 28) bis Samstag vor der Prüfungsabnahme. Wir weisen darauf hin, daß das Abzeichen kostenlos abgegeben wird an alle diejenigen, die die Bedingungen erfüllen: Jungen von 12—18 Jahren, 15 Klm. in 45 Minuten; Mädchen von 12—18 Jahren, 15 Klm. in 60 Minuten.

Vom Niederrhein.

Isselburg

r. **Verkehrsunfall.** In der Nähe von Bruckmann (Feldmark) stürzte ein Motorradfahrer, der sich auf der Fahrt nach Empel befand. Er erlitt erhebliche Hautabschürfungen. Auch wurde sein Anzug nicht wenig beschädigt. Der Sturz ist vermutlich auf den schlechten Zustand der Straße zurückzuführen, die mit Schlaglöchern geradezu „übersät" ist.

r. **Die Kontrolle der Unterstützungsempfänger** im hiesigen Rathaussaal ist ab 13. d. Mts. jeden Dienstag und Samstag von 10.30 bis 11 Uhr vormittags.

= **Kath. Arbeiterverein.** In der am vergangenen Sonntag stattgefundenen Versammlung hielt Direktor Pelster von der „Leo Volksversicherungsbank A. G.", die mit dem kath. Arbeiterverein aufs engste verbunden ist, einen Vortrag. Der Redner betonte zu Eingang seiner Ausführungen, daß neben den rein religiösen und sozialen Aufgaben die praktische Selbsthilfe von jeher ein besonderes Ziel der kath. Arbeitervereine gewesen sei. Aus diesem Gedanken heraus ist die „Leo" im Jahre 1895 von den katholischen Arbeitervereinen gegründet worden. Zuerst ging es langsam vorwärts, aber von Jahr zu Jahr stieg die Zahl derer, die sich der „Leo" anschlossen, bis in ihr Ende vorigen Jahres (1931) trotz der alles vernichtenden Inflation, trotz der außerordentlich starken Belastungsprobe, die unsere gesamte Wirtschaft im vergangenen Jahre durchzumachen und auszuhalten hatte, 270 000 Katholiken mit einem Versicherungskapital von 103 Millionen Mark vereinigt waren. Diese Tatsache ist ein starker Beweis des Vertrauens, das man ihr allenthalben über den ursprünglichen Rahmen der Arbeitervereine hinaus im gesamten katholischen Volksteil entgegenbringt. Ohne die Inflation wäre der Erfolg sicher erheblich größer, er wäre erst recht größer, wenn jeder Katholik sich und die Seinen nur bei einer katholischen Gesellschaft versichert hätte, bei einer wirklich katholischen Gesellschaft, d. h. bei einem Unternehmen, das nur von Katholiken betrieben wird und in dem auch nicht ein einziger Pfennig eines nicht katholischen Interessenten steckt, dessen Erträgnisse vor allem nur Katholiken zufließen. Direktor Pelster erläuterte dann die vielseitigen der augenblicklichen Zeit angepaßten, also modernen Versicherungseinrichtungen der „Leo" und forderte die Anwesenden auf, nicht nur an den Tod, sondern im Hinblick auf die kritische Lage der deutschen Sozialversicherung auch an die alten Tage zu denken und unter Ausnutzung der sich bei der „Leo" bietenden Versicherungsmöglichkeiten den Kindern für die Berufswahl oder Aussteuer nach Möglichkeit etwas mit auf den Lebensweg zu geben. Er richtete an die Anwesenden als Mitglieder der katholischen Arbeitervereine den Appell, sich wie bisher in den Dienst der guten Sache zu stellen und für das Versicherungswerk der „Leo" zu werben, denn gerade die kath. Arbeitervereine hätten schon aus Traditionsgebundenheit stets Pionierdienste für die „Leo" geleistet. Der Redner betonte sodann, daß der Werbetätigkeit durch die Zeitschriftenversicherung manche Schwierigkeiten bereitet werde. Hier aber handele es sich durchweg um eine Risikoversicherung, die für die Versicherten manche Mängel aufzuweisen habe. Dann sei der „unterhaltende" und der Anzeigenteil der meisten dieser Zeitschriften kein geeigneter Lesestoff für katholische Familien. — Die Mitglieder des Arbeitervereins folgten den Ausführungen mit lebhaftem Interesse und nahmen die Ueberzeugung mit nach Hause, daß man als Katholik seine Versicherungsbedürfnisse am besten bei der rein katholischen, sozialen und gemeinnützigen „Leo" befriedigen kann, bei der jedes Mitglied am Gewinn beteiligt ist.

Helderloh

— **Schützenfest.** Der Allgemeine Schützenverein Helderloh-Herren-Herden feierte am Sonntag und Montag im festlich geschmückten Zelte am Kather sein diesjähriges Schützenfest. Die Feierlichkeiten wurden am Sonnabend durch eine gut besuchte Generalversammlung eingeleitet. Mehrere Neuaufnahmen konnten vollzogen werden. Am Sonntagnahmittag traten die Schützen um 1 Uhr zum Abholen der Fahne, des Bürgermeisters, des Gemeindevorstehers, des Königs, und zugleich Präsidenten und der Ehrenmitglieder an. Hierauf begann das Königsschießen. Die Preise wurden von folgenden Mitgliedern errungen: 1. Vereinswirt Paul de Witt, 2. Leutnant Hilbers, 3. Unteroffizier Grüter, 4. Unteroffizier Bruckmann, 5. Schütze J. Grüter, 6. Unteroffizier Neyenhuis. Die Königswürde errang nach hartem Kampfe Josef Wissen. Zur Mitregentin erkor er sich Frau Bernh. Böing. Der Hofstaat setzte sich zusammen aus Bernhard Böing und Frau Jos. Wissen, Herm. Krusen nebst Frau, August Tenhagen nebst Frau, Bernh. Blümer und Frl. Feldmann, Joh. Blümer und Frl. Dina Vorholt, Willi Fischer und Frl. Groß Wilde und H. Blümer nebst Frl. Maßen. Um 9 Uhr begann der Festball. Ueberall herrschte Gemütlichkeit und Frohsinn. Nur zu schnell vergingen die schönen Stunden. Auch der Montag verlief im Rahmen des ersten Festtages. Der Verein kann mit Stolz auf das ohne jeden Mißklang geendigte 7. Stiftungsfest zurückblicken.

Hamminkeln

ä. **Kreisfeuerwehrverbandstag.** Am Sonntag wurde in unserm sonst so stillen Orte der 8. ordentliche Kreisfeuerwehrverbandstag des Kreises Rees abgehalten. Das Dorf war für die vielen, von auswärts eintreffenden Abteilungen festlich geschmückt. Um 2,30 Uhr wurden die auswärtigen Kameraden vom Diersforder Bahnhof abgeholt. In Begleitung mehrerer Tambourkorps marschierte man zum Festsaale Neu. Kreisbrandmeister Haas (Emmerich) eröffnete den Verbandstag und begrüßte die zahlreichen Ehrengäste, darunter besonders Landrat Dr. Schneemann, Branddirektor Spelzberg, Landrichter a. D. Küster, Bürgermeister Schönschecke, Bürgermeister Weyler und Gemeindevorsteher Gülker, sowie die vielen Feuerwehrkameraden. Landrat Dr. Schneemann dankte für die Begrüßung und fand Worte der Anerkennung für die mühevolle Arbeit der Feuerwehren. Den Wehrleuten Kempkes und Heumer (Emmerich) überreichte er die Verdienstmedaille. Nachdem Branddirektor Spelzberg (Duisburg) der Tagung einen guten Verlauf gewünscht hatte, versicherte Ehrenbürgermeister Küster, daß die Wehren allezeit auf die Unterstützung durch die Gemeinden rechnen könnten. Dann wurde der Geschäfts- und Kassenbericht gegeben, und der Leitung Entlastung erteilt. Die Verbandsbeiträge bleiben in alter Höhe bestehen. Als nächster Tagungsort wurde Schermbeck gewählt. Mit einem Vortrag des Kameraden Schulz von der Weseler Wehr fand der offizielle Teil sein Ende. — Bei einer tadellosen Uebung zeigte die einheimische Wehr ihre gute Durchbildung. Dem „Brandfall" im Molkereigebäude wurde fachmännisch zu Leibe gerückt. Der Festzug brachte de Teilnehmer in das Festlokal zurück, wo sich der gemütliche Teil anschloß. Diese geselligen Stunden sind den wackeren Männern wohl zu gönnen, stehen sie doch bei Tag und Nacht uneigennützig bereit, den Kampf mit dem entfesselten Element aufzunehmen, getreu dem Wahlspruch: „Gott zur Ehr', dem Nächsten zur Wehr".

Wesel

— **Marktbericht der Beiling vom 9. Juni 1932.** Es kosteten: Industriekartoffeln 3,70—4,20; Sommerspinat 4,00—7,90; Mailwirsing 8,80—10,50; Rhabarber 3,00—4,00; Tomaten 34—35; Spargel I 45—48; Spargel II 43—44 RM. je 100 Pfund. Radieschen 3,00—3,90; Suppengrün 3,50—4,00; Rote Möhren 11,00—13,30; Rübstiel 2,00—2,50 RM. je 100 Bund. Kohlrabi 10,00—11,00; Kopfsalat 3,00—4,60; Treibhausgurken 18,00—27,00 RM. je 100 Stück. Hühnereier über 65 gr. 6,40—6,60; Hühnereier von 60 bis 65 gr. 5,70—5,90; Hühnereier von 55 bis 60 gr. 5,20—5,50; Hühnereier von 50 bis 55 gr. 4,80—5,00; Hühnereier unter 50 gr. 4,60—4,70; Enteneier 5,10—5,70; Gänseeier 15,00—16,00 RM. je 100 Stück. Gemüseanfuhr: gut. Nachfrage: gut. Eieranfuhr: 183 000 Stück. Nachfrage: gut. Nächste Versteigerung: 13. 6.

Eingesandt.

Ruhestörender Lärm durch Straßenpolitiker.

= **Dingden, 6. Juni.**

Wenn man politisch mit seinem Nachbarn nicht einig ist, so kann man sich im trauten Heim gegenseitig mit aller Deutlichkeit ruhig die Wahrheit sagen. Doch wenn man seinem Nächsten seine politische Einstellung mit dem größten Aufwand seiner Stimme nächtlicherweise unter furchtbaren Androhungen zubrüllt, so findet das in den wenigsten Fällen bei den Straßenanwohnern Anklang. Zum Sonntag gehört auch die anschließende Nacht, auf deren Stille man als Bürger sein Recht zu haben glaubt. Um solchen Lärm, wie er in der Sonntagnacht im Dorfe herrschte, in Zukunft unmöglich zu machen, bitten wir, Auseinandersetzungen der geschilderten Art, die immer bei benebeltem Gehirn ausgetragen werden, ins Venn zu verlegen, wo genug Platz und Luft ist und wo kein Mensch durch Männergebrüll gestört werden kann. Nach vollbrachter „Aufklärung" sind dann die Sanitätskolonnenführer Albert Sack und Coenen stets bereit, in aller Geschwindigkeit die Ueberleitung der Verletzten in ärztliche Hilfe zu besorgen!

Geschäftliches.

Ein wirtschaftlicher Aufstieg! Die Bausparkasse Thuringia Aktiengesellschaft, Eisenach, die zu den ältesten Unternehmungen dieser Art gehört und mit an erster Stelle in Deutschland steht, hat in diesem Frühjahr trotz der allgemeinen ruhigen Lage einen verhältnismäßig starken Zugang an Sparern. Hierbei ist zu beachten, daß durch die Kontrollen des Reichsaufsichtsamtes eine zeitlich beschränkte Verschlechterung des gesamten Marktes eingetreten ist. Wenn trotzdem die Bausparkasse Thuringia A. G. einen starken Zuwachs an Sparern hat, so ist dies in erster Linie auf das bestehende Vertrauen zu dieser Bausparkasse zurückzuführen. — Eine Kontrolle der Bausparkassen durch das Reichsaufsichtsamt kann nur willkommen sein, werden doch auf Grund der Reichsprüfungen die sorgfältig geleiteten und reell arbeitenden Bausparkassen in den Vordergrund treten und ungehindert von den Unternehmen, die das Ansehen der Bausparkassen geschädigt haben, zum Allgemeinwohl des gesamten Volkes weiterarbeiten können.

Großes Orchester-Gartenkonzert bei „Haus Eder" in Blumenkamp. Einem langersehnten und vielseitigem Wunsche nachkommend, hat sich nunmehr auch der Wirt von „Haus Eder" entschlossen, seinen Freunden und Gästen am kommenden Sonntag etwas ganz Besonderes zu bieten und zwar ein großes Gartenkonzert. Hierzu ist der bestbekannte Musikverein Lackhausen (Kapelle Buschkamp) unter der rührigen Leitung des Musikdirektors Willibald Müller verpflichtet worden. Ebenso wirkt der M. G. V. „Sängerbund" Lackhausen unter der bewährten Leitung des Musikdirektors Herrn Wilhelm Overheidt mit. Die wohlgepflegten großen Gartenanlagen bieten den Besuchern die beste Gelegenheit, einen herrlichen Sonntag Nachmittag im schattigen Grün bei Konzert (und Tanz in den Pausen) und des Abends im Lampionscheine zu verleben. Auf die Anzeige wird besonders hingewiesen.

Bekanntmachung

Die festgesetzten Listen über die von den Inhabern der Handwerksbetriebe an die Handwerkskammer zu zahlenden Beiträge für das Jahr 1932 liegen vom 11. Juni 1932 ab auf die Dauer von 14 Tagen auf dem hiesigen Amtsbüro zur Einsicht der Beteiligten offen. (4240

Einsprüche können innerhalb 4 Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist beim Gemeindevorstand angebracht werden.

Bocholt, den 9. Juni 1932.

Der Bürgermeister: Blume.

RHEDE

Bekanntmachung

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die im Monat Juni d. Js. fälligen Steuern, wie Grundvermögensteuer und Hauszinssteuer bis zum 15. Juni ds. Js. zu entrichten sind. (4243

Bei Zahlungen, die nach dem 15. Juni ds. Js. erfolgen, wird ein Verzugszuschlag von 1½ Prozent für den halben Monat erhoben.

Rhede, den 8. Juni 1932.

Die Gemeindehebestelle:
Kammann.

MUSSUM

Bekanntmachung

Der Schützenverein Mussum-Morsenhof hält am 11. Juni ds. Js., nachmittags von 2 bis 5 Uhr, an der Vogelstange in Mussum ein Vogelschießen ab. (4239

Während der Zeit des Schießens wird der Hauptweg von dem Gute Loskamp bis zum Mussumer Bruch und das Gelände zwischen den Gehöften Wülfing und Liebrand für jeglichen Verkehr gesperrt.

Bocholt, den 7. Juni 1932.

Der Bürgermeister des Amtes Liedern-Werth als Ortspolizeibehörde: Blume.

ANHOLT

Bekanntmachung

Die Hebeliste der zu den Kosten der Handwerkskammer der Provinz Westfalen für das Jahr 1932 von den gewerblichen Betrieben der Stadtgemeinde Anholt zu zahlenden Beiträge liegt in der Zeit vom 11. bis 24. Juni ds. Js. während der Dienststunden auf dem Rathaus zur Einsicht der Zahlungspflichtigen offen. (4246

Einsprüche gegen die Hebeliste können nur innerhalb der Offenlegungsfrist auf dem Rathaus angebracht werden.

Anholt, den 8. Juni 1932.

Der Bürgermeister: Schulte.

HALDERN

Maul- und Klauenseuche.

Unter den Rindviehbeständen der Landwirte

1. Felix Otten, Mehr Nr. 133;
2. Johann Voß, Mehr Nr. 161;
3. Hermann Theyssen, Mehrhoog Nr. 309 (das Jungvieh befindet sich auf der Weide an der Bellinghovener Straße in Haffen);
4. Karl Nyssing, Haffen Nr. 7;
5. Roman Rohloff, Mehrhoog Nr. 243;
6. Johann Hardacker, Wittenhorst Nr. 278 (das Jungvieh des H. befindet sich auf Weide in den Hufen);
7. Gerhard Vierhuis, Wittenhorst Nr. 259 (desgleichen); (4244

ist die Maul- u. Klauenseuche ausgebrochen.

Die Sperrbezirke umfassen:

Die ganze Ortschaft Haffen, außer dem südlichen Teil des Dorfes, die ganze Ortschaft Overkamp, außer den Besitzungen von Klara Baumann und Lueb; bei Roloff die Gehöfte, die zwischen der Renne und der Waldung liegen. Die Weiden des Hardacker und Vierhuis liegen im Sperrbezirk Hufen.

Haldern, den 4. Juni 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Moderner (4250
Kinderwagen
billig zu verkaufen.
Hochfeldstraße 174.

Mehrere leichte
Ackerwagen
und einen schweren
Wagen,
1 Rollwagen,
eine vollständige
Dreschgarnitur
elektr. Motor, Breitdreschmaschine und Wannenmühle, hat abzugeben.
Joh. Benning
Rhede, Deichstr.

2 Rinder od. Fohlen
auf gute Weide gesucht. (4223
Wwe. Hellmann, Bardingholt.

2—3Zimmerwohnung
zum 1. Juli oder später zu mieten gesucht. (4222
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Wir kauften Riesenmengen einwandfreie Mäntel
weit unter Preis.

Sie sollen davon profitieren!

Damen-Mäntel aus glatten Charmelains und gem. engl. Stoffen kosten:

Serie 1.	2	3	4	5
4.90	7.50	11.75	18.00	25.00

Kleider

Trikoline- u. Batist-Kleider in vielen Farben
1,45 1.95 3.90 5.90

Wasch- u. Woll-Muss.-Kleider in hübsch. Dess.
4.90 9.75 14.50 19.75

Bedr. Crepe Maroc-Kleider mit ¼ u. langem Arm hell und dunkel
8.75 14.50 19.75 27.50

Blusen

Trikolin-Blusen mit ¼ und langem Arm
0.95 1.45 2.45 4.50 7.25

Damen-Polo-Blusen in Trikot und Kunstseide
2.25 2.75 3.90 4.90

Maroc-Blusen, entzückende Fassons
5.40 7.90 9.75 10.50

Kunsts. Damen-Prinzeßröcke mit Träger oder Achsel
1.95 2.75 3.90 4.75

Hermann Pottmeyer BOCHOLT-MARKT

Aus der Heimat.

Elternbeiratswahl am Gymnasium.

= **Bocholt**, 10. Juni. Am Sonntag, dem 12. Juni, vormittags 11 Uhr, findet die zweite Elternversammlung zur Vorbereitung der Elternbeiratswahl statt. In ihr wird der Wahlvorstand gewählt, dem die Wahlvorschläge bis zum Donnerstag, dem 16. Juni, einzureichen sind. Die Eltern der Schüler sind zu dieser Versammlung herzlichst eingeladen.

Wer ist Eigentümer?

p. **Bocholt**, 10. Juni. Auf dem Fundamt (Kirchstraße 5, Zimmer 2) wurden als gefunden angemeldet: 1 Peitsche, 1 Roller, 1 Sporthemd, 1 Akku-Batterie, 2 Herrenfahrräder, 1 Damenfahrrad, 1 Paar Damenschuhe (neue), 1 goldene Nadel mit echter Perle, 1 Brille und 3 Schlüssel.

Zum Liedertag des Deutschen Sängerbundes am 26. Juni 1932.

× **Bocholt**, 10. Juni.

Die beiden ersten Liedertage haben diese neuartige Veranstaltung des „Deutschen Sängerbundes" in Stadt und Land aufs beste eingeführt. Die allgemein begrüßten Erfolge dieses Freisingens im Sommer berechtigen und verpflichten uns daher, den Liedertag als jährlich wiederkehrende Aufgabe des Vereinslebens zu betrachten. Aus den anfänglich tastenden Versuchen sind die Erfahrungen für die nun einzuschlagenden Wege gewonnen worden. Wir werden sie auch diesem Jahre wiederum freudig beschreiten. Sonntag, der 26. Juni, wird der große Tag des deutschen Liedes sein. Wie im vergangenen Jahre wird die Arbeitsgemeinschaft der dem Deutschen Sängerbund angeschlossenen Vereine Bocholts bereits am 18. Juni den Auftakt für den Liedertag geben. Vom 18. Juni bis zum 25. Juni wird auf dem Marktplatz jeder der 8 angeschlossenem Vereine ein Freisingen veranstalten. Zeit, Vortragsfolge und Name des Vereins werden für jeden der Tage durch die Zeitung bekanntgegeben. Die Liederwoche findet ihren Abschluß am Sonntag, dem 26. Juni. Bei dieser Schlußveranstaltung werden die 8 Vereine geschlossen auftreten. Außerdem wird die Schlußveranstaltung durch Vorträge eines Blasorchesters umrahmt. Möge auch diese Liederwoche sich zu einem erfreulichen Erfolge gestalten.

Versuchter Einbruchsdiebstahl.

= **Bocholt**, 10. Juni. Nachdem wir erst vor einigen Tagen von einem Einbruchsdiebstahl in einem Hause der Rebenstraße berichten konnten, wurde in der Nacht zum Mittwoch abermals ein Einbruch versucht und zwar in einem Geschäftshaus an der Dinxperloer Straße. Ein Hausbewohner war durch das Geräusch, das die Diebe verursachten, wach geworden. Als er sich bemerkbar machte, nahmen die Diebe Reißaus, ohne irgendwelche Beute mitnehmen zu können.

Vorsicht bei geschäftl. Ankündigungen

× **Bocholt**, 10. Juni.

Dem Einigungsamt und Schiedsgericht in Sachen des unlauteren Wettbewerbs der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel lag folgender Tatbestand bei seiner letzten Beratung zugrunde: Eine Firma kündigt in Flugblättern bei Eröffnung einer neuen Filiale an, daß sie ihre Waren entweder direkt vom Erzeuger oder aus den Ursprungsländern ohne jeden Zwischenhandel zum Verkauf bringe. Die Vorteile, die sie dadurch genieße, kämen restlos ihrer Kundschaft zugute. Tatsächlich ist festgestellt, daß die Höhe der eingeführten Waren in gar keinem Verhältnis zur Höhe des gesamten Umsatzes steht. Das Einigungsamt und Schiedsgericht hat nachstehenden Schiedsspruch gefällt: Die Beklagte wird wegen Verstoßes gegen das Reichsgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zur Zahlung einer Buße in Höhe von 75,— RM. verurteilt.

Entscheidungsgründe:

Die Beklagte erkennt die Richtigkeit des vorgelegten Flugblattes an. Sie erklärt, daß dieses Flugblatt von einem ihrer Angestellten abgefaßt worden sei und sie erst nachträglich von dem genauen Wortlaut Kenntnis erhalten habe. Sie müsse zugeben, daß in der Form der Ankündigung ein Verstoß gegen das Reichsgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zu erblicken sei und bedauere selbst sehr die Veröffentlichung der Ankündigung. Sie erklärt, von sich aus künftighin Ankündigungen dieser Art nicht mehr zu bringen. Das Schiedsgericht glaubte, im Hinblick auf die Haltung der Beklagten von einer höheren Buße, wie sie angesichts der Schwere des Verstoßes hätte verhängt werden müssen, absehen zu sollen.

Kraftfahrern ins Stammbuch.

= **Bocholt**, 10. Juni. Das Amtsgericht in Oldenburg hat ein für den Betrieb gesetzwidriger Kraftfahrlinien bemerkenswertes Urteil gefällt, in dem die verschärften Strafbestimmungen der 3. Notverordnung zum Ausdruck kommen. Der Unternehmer W. hatte ohne Genehmigung regelmäßige Fahrten ausgeführt; er behauptete zwar, daß er nur „bestellte Fahrten" mache. Die Beweisaufnahme fiel aber zu seinen Ungunsten aus. Da er bereits mehrere Male wegen Ausführung gesetzwidriger Fahrten mit Geldstrafen belegt worden war und trotzdem solche Fahrten weiterhin ausführte, erkannte das Gericht auf einen Monat Gefängnis und Einziehung des Kraftwagens.

Sorgen der münsterl. Textilindustrie.

Der Geschäftsgang der Baumwollindustrie im Mai.

= **Bocholt**, 10. Juni.

Der Geschäftsgang in der münsterländischen Baumwollindustrie hat gegenüber dem Vormonat eine Verschlechterung erfahren. Die Nachfrage nach Rohnessel wie auch nach anderen Baumwollgeweben war auffallend ruhig. Nur kleine Geschäfte zu sofortiger bezw. baldiger Lieferung wurden abgeschlossen. Auch die saisonmäßig erwartete Belebung in Sommergeweben ist ausgeblieben. Die normalerweise in den Frühjahrsmonaten erfolgenden starken Abrufe der Konfektionäre fehlen; auch die der Grossisten sind ganz ausgefallen. An deren Stelle sind sehr kleine Abrufe des Einzelhandels getreten. Bei dieser Sachlage mußte der Beschäftigungsgrad sehr zurückgehen, so daß in der hiesigen Baumwollindustrie an eine allgemeine Betriebseinschränkung gedacht wird. Die schon seit Monaten in der Baumwollspinnerei bestehende Stagnation hat sich verschärft und droht sich allmählich zu einer Katastrophe auszuwachsen. Der vorhandene Auftragsbestand wird durch die Lagervorräte vollständig ausgeglichen, so daß für die anfallende Produktion Aufträge nicht mehr zu verzeichnen sind. Dieser Zustand ist erklärlicherweise nicht haltbar. Eine weitere Produktionsdrosselung wird die baldige Folge sein, wenn sich die Lage des Garnmarktes nicht bessern sollte. Hierfür ist aber sehr wenig Aussicht vorhanden, solange die Unsicherheit in der Reparationsfrage und den sonstigen wirtschaftlichen Verhältnissen anhält. Vor allem wünscht auch die Baumwollspinnerei einen Abbau der ausländischen Zollsätze, wodurch wieder ein Export ermöglicht werden könnte. Desgleichen wird ein besserer Zollschutz unserer inländischen Produktion verlangt, damit die Unterbietung der ausländischen Konkurrenz verhindert wird. Denn die englische Konkurrenz macht immer noch jedes Geschäft in den feineren Nummern über 60 er hinaus unmöglich, so daß eine eventl. Belebung in der deutschen Weberei der deutschen Feinspinnerei kaum Nutzen bringen könnte. — Auf dem Rohbaumwollmarkt sind nennenswerte Preisdifferenzen nicht zu verzeichnen. Das Pfund Baumwolle notierte in Bremen am 2. Mai mit 6.77 und am 27. Mai mit 6,73 Dollarcents.

Vor den Schranken des Gerichts.

4 Monate wegen Kokainschmuggels. — Schwere Gefängnisstrafen für Fahrradmarder. Ueber 400 000 Mk. Geldstrafe wegen Tabakschmuggels.

§ **Bocholt**, 9. Juni.

10 Mark mehr oder weniger — je nachdem.

Zwei Schmuggler und eine Schmugglerin hatten wegen verbotener Grenzüberschreitung je einen Strafbefehl über 20 ℳ — dem üblichen Satz — erhalten. Sie erhoben sämtlich Einspruch. Der erste Angeklagte bestritt kurz und bündig, sich schuldig gemacht zu haben. Seine Behauptung wurde jedoch durch das eidliche Zeugnis eines Zollbeamten widerlegt. Daß die Strafe um 10 ℳ erhöht wurde, weil der Angeklagte gelogen hatte, war in Ordnung. — Klüger war schon der zweite Angeklagte, der deshalb Einspruch erhoben hatte, weil er die Geldstrafe nicht bezahlen könne; dies mochte man ihm angesichts der Behauptung, daß er für fünf Köpfe wöchentlich nur 18 ℳ an Wohlfahrtsunterstützung erhalte, gern glauben; die Strafe wurde denn auch um 10 ℳ ermäßigt. Genau so erging es einer Schmugglerin aus Vardingholt, die ebenfalls und tränenden Auges um Herabsetzung der Geldstrafe bat mit dem Erfolg, daß auch hier angesichts der Wirtschaftslage der Angeklagten die Strafe um die Hälfte ermäßigt wurde.

Wegen Wilddieberei

stand ein Ziegeleiarbeiter aus Biemenhorst unter Anklage. Er hatte einen Fasan auf seinem Hofe gefangen und mußte sich vom Gericht dahin belehren lassen, daß auch dies Wilddieberei ist. Da er geständig war, kam er mit einer Geldstrafe in Höhe von 30 ℳ oder sechs Tagen Gefängnis davon; die Geldstrafe kann in sechs Monatsraten bezahlt werden. — Eine zweite Verhandlung wegen Wilddieberei mußte vertagt werden, da noch weitere Zeugen zum nächsten Termin geladen werden sollen.

Die Zunft der Landstreicher

war diesmal nur durch zwei Exemplare vertreten. Der erste, ein Gelegenheitsdieb und Gelegenheitsarbeiter, der bereits wegen Sittlichkeitsverbrechen vorbestraft ist, erhielt drei Wochen Haft, nach deren Verbüßung er der Landespolizeibehörde überwiesen wird, die für angemessene Beschäftigung schon sorgen wird.

Der zweite, seines Zeichens Hausdiener, mit dem ominösen Namen Kummerfeld, hatte bereits acht Monate Gefängnis wegen Diebstahls auf dem Kerbholz. Er erhielt vier Wochen Haft; da er jedoch bisher wegen Bettelns noch nicht vorbestraft war, wurde von der Ueberweisung an die Landespolizeibehörde Abstand genommen.

4 Monate Gefängnis wegen Kokainschmuggels.

Wir berichteten kürzlich, daß am hiesigen Bahnhof ein junger Mann aus Bocholt verhaftet worden sei, der zwei Flaschen Kokain bei sich führte. Der Verhaftete hatte sich jetzt vor Gericht wegen Kokainschmuggels zu verantworten. Er wollte natürlich ganz unschuldig sein und gab an, „das Zeug" von einem fremden Mann bekommen zu haben, in dessen Auftrag er es nach Münster bringen sollte. Dieser Mann habe gehört, daß er Pech beim Schmuggeln gehabt habe, und ihn gefragt, ob er sich etwas verdienen wolle. Da er nicht abgeneigt gewesen sei, habe ihm der Mann an irgendeiner Straßenecke „das Zeug" ausgehändigt. Im Zuge sei er dann verhaftet worden. Vermutlich sei der fragliche Mann ein Kriminalbeamter gewesen, der ihn (den Angeklagten) hereingelegt habe. Ein als Zeuge vernommener echter Kriminalbeamter sagte aus, schon seit längerer Zeit habe man beobachtet, daß Kokain geschmuggelt werde. Als eines Morgens auf dem hiesigen Bahnhof ein Zug auf Anordnung der Zollbehörde untersucht worden sei, habe man den Angeklagten, der einem Zollbeamten besonders gut bekannt gewesen sei, genauer untersucht und bei ihm das Kokain gefunden. Im übrigen sei es vollständig ausgeschlossen, daß der Angeklagte durch einen Kriminalbeamten hereingelegt worden sei. Mit Rücksicht darauf, daß gegen den Angeklagten noch ein größeres Verfahren wegen Schmuggels schwebe, beantragte der Amtsanwalt ein Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis; die Untersuchungshaft wird angerechnet; das Kokain wird eingezogen.

8 bezw. 6 Monate wegen Fahrraddiebstahls.

Ein Weber aus Bocholt war angeklagt, ein Fahrrad, das vor einer hiesigen Wirtschaft untergestellt war, gestohlen zu haben. Er war geständig und wollte aus Not gehandelt haben. Da er jedoch nach den Aussagen eines Polizeibeamten einen schlechten Leumund hat, sein Vater ihn auch „an die Luft gesetzt hat", verurteilte ihn das Gericht im Hinblick auf die zahlreichen Fahrraddiebstähle in letzter Zeit zu acht Monaten Gefängnis.

Etwas glimpflicher kam ein landwirtschaftlicher Arbeiter davon, der kürzlich in Anholt ein Fahrrad gestohlen hatte, schon nach kurzer Zeit gefaßt und ins Gerichtsgefängnis eingeliefert worden war. Er hatte mit einem Komplizen, der ebenfalls ein Rad gestohlen hatte, die Räder umgemodelt. Zur Entschuldigung des Diebstahls gab er an, er habe nicht zu Fuß nach seiner Heimat (Aachen) zurückkehren wollen. Einstweilen hat es noch gute Weile mit dieser Heimkehr, da er seine Tat mit sechs Monaten Gefängnis büßen muß.

Schlechtbelohnte Nächstenliebe.

Eine junge Maid aus Velen hatte einen Strafbefehl über vier Wochen Haft erhalten, weil sie eine Bocholter Familie um 40 ℳ erleichtert hatte. Sie kam eines guten Tages nach Bocholt, um sich hier eine Stellung zu suchen. Da es mittlerweile Abend wurde, kehrte sie bei einer Bekannten ein, die ihr jedoch kein Nachtquartier geben konnte. Die menschenfreundliche Bekannte verwies die Maid an eine Freundin, deren Mann sich im Krankenhaus befinde, weshalb sie dort wahrscheinlich für die Nacht unterkommen könne. Wie man vermutet, so geschah es: die Maid wurde mit offenen Armen aufgenommen, legte sich ins Bett, schlief am andern Morgen recht lange und ließ sich obendrein noch feudal bewirten. Rührend nahm man Abschied, wobei u. a. erwähnt wurde, daß man später einmal alles gut machen wolle. Wie aber sah sich die gutherzige Frau getäuscht, als sie nach kurzer Zeit feststellen mußte, daß aus einer Zigarettenschachtel in der Waschkommode 40 ℳ Silbergeld verschwunden waren. Dafür hatte sich unsere Maid, wie sie bei ihrer kommissarischen Vernehmung vor dem Amtsgericht in Borken aussagte, einen Mantel gekauft; sie habe damals angenommen, ihr Bräutigam werde die Angelegenheit schon regeln; leider aber sei, wie sich später herausgestellt habe, dieser „Bräutigam" bereits verheiratet . . . Da die Angeklagte bisher noch nicht vorbestraft war und der Vater den Schaden mittlerweile ersetzt hat, blieb die im Strafbefehl verhängte Gefängnisstrafe von vier Wochen bestehen. Falls die Angeklagte sich gut führt, wird die Verbüßung der Strafe auf zwei Jahre ausgesetzt.

Insgesamt über 400 000 Mark Geldstrafe.

Der Arbeiter M. aus Bocholt sowie der Arbeiter B. und der Kraftwagenführer J. aus Duisburg-Hamborn waren angeklagt, 123,75 Kilo Tabak geschmuggelt und dadurch dem Staat 11 137,50 ℳ Zoll und 22 522,50 ℳ Steuer hinterzogen zu haben. Sie waren nachts gegen 2,30 Uhr, als sie mit einem Kraftwagen den Tabak abtransportieren wollten, auf der Rheder Chaussee von Zollbeamten, die ein Drahtseil über die Straße gespannt hatten, gestellt worden. Obwohl Beamte schon vorher Warnungsschüsse abgegeben hatten, bremste der Führer erst, als er das Seil sah, das von dem Wagen zerrissen wurde. Vor Gericht gaben die beiden Arbeiter zu, geschmuggelt zu haben, sie versuchten jedoch, den Führer zu entlasten. Aus den Aussagen der Zeugen ging aber klar hervor, daß alle drei Angeklagten an dem Schmuggel beteiligt waren. Es erhielt denn auch jeder von ihnen eine Geldstrafe in Höhe von 134 640 ℳ oder sechs Monate Gefängnis. Außerdem erhielt der Arbeiter B. und der Kraftwagenführer je einen Monat Gefängnis wegen Bandenschmuggels und der Arbeiter M., der als Anstifter angesehen wurde, drei Monate Gefängnis. Letzterer wurde wegen der Höhe der Gesamtstrafe sofort verhaftet. Den beiden übrigen Verurteilten wird die Verbüßung der Gefängnisstrafe auf zwei Jahre ausgesetzt. Der beschlagnahmte Tabak und der Kraftwagen werden eingezogen.

Mitgefangen — mitgefangen.

Ein Landwirt aus Barlo war ebenfalls des Bandenschmuggels von Mais und Roggen angeklagt. Er bestritt, an dem Schmuggel beteiligt gewesen zu sein, gab aber zu, den Schmugglern gewinkt zu haben, da „dicke Luft" sei. Dafür erhielt er eine Geldstrafe in Höhe von 2680 ℳ oder 20 Tage Gefängnis und den üblichen Monat Gefängnis wegen Bandenschmuggels, dessen Verbüßung jedoch auf zwei Jahre ausgesetzt werden soll, da der Angeklagte bisher noch nicht vorbestraft war.

„Paradies und Brudermord" in Calcar.

Wer kennt nicht Calcar und seine Freilichtspiele? Wohl alle, die jemals Calcarer Freilichtspiele gesehen haben, sei es die „Passion", sei es „Parsifal" oder ein sonstiges, werden gern daran zurückdenken.

„Paradies und Brudermord" betitelt sich das Freilichtspiel dieses Jahres. Der erste Teil „Paradies" beginnt mit dem Chor der Engel, die ein Loblied zur Ehre Gottes anstimmen. Der Bote Gottes bringt den hl. Gral, das Sinnbild des Friedens und der Freude, auf die Erde, in die die ersten beiden Menschen Adam und Eva von Engeln eingeführt werden. Und dann kommt das, was wir alle aus der Bibel wissen, der Sündenfall. Der Gral und damit der Friede, der auf der Erde lag, ist gewichen, und der Teufel dünkt sich Herr der Welt.

„Brudermord" heißt der zweite Teil. Drückend lasten Unfriede und Sorgen auf den ersten Menschen. Abel, der Zweitgeborene, scheint der Erlöser zu sein. Er spürt nichts von den Mühen und Lasten, mit denen die Erde erfüllt ist. Auf ihm ruht statt des Fluches der Segen Gottes. Das ist es, darum Kain, der Erstgeborene, ihn haßt. Er ganz besonders scheint von Gott verdammt zu sein; denn der Teufel hat, wie er selbst sagt, ihm seinen giftigen Odem eingehaucht. Und als nun auch Ada, die Erstgeborene unter den Mädchen, Abel mit ihrer Liebe beglückt, ist das Maß des Hasses voll. Vom Teufel ermuntert erschlägt Kain den opfernden Bruder. Der erste Tote und zugleich ein Mord! Kain, der Verfluchte, flieht in die Welt, nirgends Ruhe findend.

*

Nur Laienspieler treten hier auf. Und doch muß man staunen über die gute Darstellung, die sie geben. Kaum ein Zuschauer wird es ahnen, wieviel Mühe und Arbeit die Vorbereitungen einer solchen Aufführung kostet. Von den Spielern konnten besonders die Darsteller des hassenden und maßlos zornigen Kain und des sorglosen und sanftmütigen Abel gefallen. Ferner sind noch besonders zu nennen Adam und Eva und ihre Tochter Ada. Dem Auge gefällig waren die Massenszenen der Engel in ihrer Farbenprächtigkeit und der Teufel. Besonders der zweite Teil des Spieles wirkt mit seiner ganzen Schwere und der Wucht der Dramatik sichtlich auf die Zuschauer. Das ganze Spiel atmet eine große Natürlichkeit der Darstellung, so daß man einen Besuch dieses Spieles unbedingt empfehlen kann.

Daneben hat Calcar in der Pfarrkirche noch eine besondere Sehenswürdigkeit, die in Augenschein zu nehmen, kein Besucher der Freilichtspiele versäumen sollte. Die Kirche hat wunderbare Holzschnitzarbeiten und viele Originalgemälde alter niederdeutscher Meister.

Sprechstundenplan des Kath. Arbeitersekretariats und Volksbüros Bocholt.

1. Am 3., 10., 17., 24. und 29. eines jeden Monats ist das Büro in Bocholt geschlossen.
2. An diesen Tagen sind Sprechstunden nach unten angegebenem Plan.
3. Fallen obige Tage auf einen Sonn- oder Feiertag, dann sind die Sprechstunden am folgenden Tag.

Rhede: am 10. im Arbeitervereinshaus von 4—6 Uhr.
Dingden: am 29. in der Wirtschaft Schlütter von 9—11 Uhr.
Anholt: am 29. in der Wirtschaft Drecker von 1—3 Uhr.

Weshalb fahre ich mit dem Feriensonderzug?

× **Bocholt**, 10. Juni.

Neben den Sommerurlaubkarten, die bei dem erholungsreichen Publikum sich großen Interesses erfreuen, bleiben die Feriensonderzugkarten bestehen. Die Letzteren gelten auf der Hinfahrt nach wie vor nur für Feriensonderzüge, die demnächst allgemein bekanntgegeben werden und im allgemeinen nur noch zu Ferienbeginn verkehren.

Zu Beginn der Ferien setzt in dicht besiedelten Feriengebieten ein außerordentlich starker Abreiseverkehr ein. Viele und namentlich zusammenhängende Kreise von Reisenden (Familien) werden sich gern der Vorteile, die die Feriensonderzüge bieten, bedienen. Auf Grund der Feriensonderzugkarte wird den Reisenden im Feriensonderzug ein Platz gesichert, zusammengehörende Reisende können im allgemeinen damit rechnen, zusammen in einem Abteil untergebracht zu werden. Auf Fahrten über weite Strecken wird den Reisenden das lästige Umsteigen und Warten auf Anschlüsse erspart. Die Reisenden werden im Feriensonderzug mit der Reisedauer von Schnellzügen befördert und sind von der Zahlung von Eil- und Schnellzugzuschlägen befreit.

Die Rückfahrt kann innerhalb der Geltungsdauer der Feriensonderzugkarte jederzeit angetreten werden. Die Feriensonderzugkarten gestatten vielfach den Reisenden außerhalb der Fahrt im Feriensonderzuge — namentlich auf der Rückreise — verschiedene Wege für ihre Fahrt zu wählen. Die Feriensonderzüge nehmen wie seither auf Unterwegsbahnhöfen ihres Laufs Feriensonderzugreisende auf, wenn diese auch in einem Feriengebiet nicht gelegen sind.

Vereine und Veranstaltungen.

Kath. Gesellenverein. Heute (Freitag) nach der Abendandacht ist Vorbereitungsvortrag im Gesellenhaus. Die Monatsversammlung wird verlegt auf nächste Woche.

Werkjugend des Arbeitervereins St. Paulus. Am Sonntag ist Kommunionsonntag der Jünglinge. Wir treffen uns um 7,15 Uhr am Vereinshaus. 7.20 Uhr ist Ansprache. Am Freitagabend 8,30 Uhr ist in St. Agnes Vorbereitung. Am Sonntag findet um 3,30 Uhr (nicht um 6 Uhr) das Fußballspiel der Rheder Werkjugend gegen die Werkjugend St. Paulus (Bocholt) statt. Wir treffen uns um 2 Uhr am Heim.

Kath. Jungmännerverein Liebfrauen. Sonntag ist gem. hl. Kommunion aller katholischen Jungen und Jungmänner unserer Pfarre. Zur Vorbereitung ist heute (Freitag) abend 8,30 Uhr in St. Agnes Andacht mit Ansprache. — Im Jungmännerverein ist Sonntag nach dem Hochamt bis 1 Uhr Preisschießen. Nachmittags bleibt das Heim geschlossen (Familiensonntag).

Verein für jugendliche Arbeiter St. Georg. Am Sonntag, 7.30 Uhr, ist gemeinschaftliche hl. Kommunion in der Pfarrkirche. Die Vorbereitung in St. Klara fällt aus und wird um 14 Tage verschoben (Patronsfest).

Jugendbund im K. D. F. Heute abend 8,30 Uhr ist Literarischer Zirkel.

Mut Liedern-Werth

Das Ergebnis der Schweinezählung am 1. Juni.

831 mehr als am 1. März.

Am 1. Juni fand in Preußen eine Schweinezwischenzählung statt, die in den Gemeinden des Amtes folgendes Ergebnis hatte:

	Zuchteber	Zuchtsauen	lustige Schweine	Gesamtzahl der Schweine am 1. Juni	Gesamtzahl der Schweine am 1. März
Barlo	8	123	1172	1303	1160
Biemenhorst	1	10	632	643	597
Hemden	9	88	1093	1190	1209
Herzebocholt	3	33	431	467	479
Holtwick	3	37	431	471	407
Liedern	3	96	861	960	1016
Lowick	1	49	668	718	606
Mussum	9	96	1621	1726	1655
Spork	6	229	1600	1835	1740
Stenern	5	79	746	830	693
Suderwick	2	55	960	1017	807
Werth	0	14	333	347	305
	50	909	10548	11507	10676

Die Gesamtzahl der Schweine hat also im Amtsbezirk gegenüber dem 1. März um 831 zugenommen. Während auch in den meisten Gemeinden eine Zunahme zu verzeichnen ist, hat die Zahl der Schweine in den Gemeinden Hemden, Herzebocholt und Liedern etwas abgenommen.

Mit der Zählung der Schweine war auch eine Zählung der in den Monaten März, April und Mai geborenen Kälber verbunden. Es wurden gezählt: in Barlo 207, Biemenhorst 81, Hemden 177, Herzebocholt 89, Holtwick 61, Liedern 147, Lowick 86, Mussum 230, Spork 204, Stenern 131, Suderwick 94 und Werth 24 Kälber.

Verantwortlich für den Zeitteil: Für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für Feuilleton Peter Schaub, für Westdeutschland Georg Linz, für Handel und Sport Dr. jur. H. Henkel, sämtlich in Dortmund. Alle Münster und das Münsterland Dr. Fritz Stricker, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Hüsmer, Berlin-Lichterfelde. Verlag: J. & W. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Heinr. Schmitt, Bocholt. Für den örtlichen Anzeigenteil Heinz Hüser, Bocholt. Druck: „Münsterland" J. & W. Temming, Bocholt i. W.

Statt jeder besonderen Anzeige.

†

Nach schwerem Leiden wurde mir heute mein lieber Mann u. uns unser treusorgender Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Johannes Elschenbroich

im siebenzigsten Lebensjahre durch den Tod entrissen.

In tiefer Trauer.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Johannes Elschenbroich,
Wilhelmine geb. Paulerbeck
Witwe Elschenbroich
Gerda Eggers, geb. Elschenbroich
Friedel Elschenbroich
Hans Elschenbroich
Alfred Eggers
und ein Enkelkind.

Bocholt, den 8. Juni 1932.

Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, dem 11 Juni, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Freiheitstraße 14, aus. [4238c

Es wird höflichst gebeten, von Beileidsbesuchen Abstand zu nehmen.

Radfahrer Verein „Central" Rhede

Am Sonntag, dem 12. d. Mts., findet der große Ausflug nach dem Gute Telaar-Büssing statt. — Alle Vereinsmitglied. nebst Angehörigen sowie Freunde und Gönner des Vereins sind herzlichst eingeladen. (4197

Der Vorstand.

Wer leiht
3 bis 5000 RM-
gegen sichere Zinszahlung.
Angeb. erbeten unter Nr. 4225 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Wer leiht einem Geschäftsmann
2000—2500 M.
auf Schuldbrief.
Offert. erbeten unter Nr. 4221 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gebrauchte
Gartenmöbel
zu kaufen gesucht.
Offert. erbeten unter Nr. 4220 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

42356

Preise für alle Kreise

Weisswaren Steppdecken u. Bettwäsche

Immer gut und immer billig unser Prinzip

Kissenbezüge
mit Bogen oder Hohlsaum
58 75 1,15

Kissenbezüge
Linon, Ia Qual. mit Stickerei od. Hohls.
1,45 1,85 2,75

Ein Posten
Ia Linon-Kissenbez.
mit Hohlsaum
95

Parade-Kissen
reichlich mit Klöppel- u. Feston-Garn.
1,45 1,95 2,95

Bettücher
gute Haustuch-Qualität 150/225 groß
1,85 2,60 3,75

Steppdecken
zweiseitig, Satin mit Halbwollfüllung
11,75 7,80 6,75

Steppdecken
zweiseitig, Satin mit Woll u. Krauswoll.
27,50 21,50 16,50

Steppdecken
einseitig, Kunsts. m. Halbw. u. Wollf.
13,50 8,75

Steppdecken
einseitig, Kunsts. mit Krauswollfüllung
36,50 22,50 19,75

Daunen-Decken
mit Ia weiß. Daunenfll., gar. daunendicht
88 68

Bettuch, Haustuche
Ia kräftige westf. Qual., 150 cm breit
65 92 1,25

Aeterna Haustuche
m. allmählig verstärkt. Mitte, 150-160 br.
1,45 1,65 1,85

Bett-Damaste
Bew. Qual. i. Streif. u. Bl. Dess. 130-160 br.
58 95 1,45 1,95 2,75

Bettuch-Halbleinen
dankbare Qualitäten
1,45 1,58 1,85

Linon
für Bettwäsche, 130—160 cm breit
58 88 1,35

Unsere bewährten
Wäschetuche Marke
Kronentuche
sind unerreicht und kosten
54 60 72 85

Hermann Pottmeyer
BOCHOLT - MARKT

Preußens Schicksalsstunde 1812

Ein glühendes Erlebnis für Millionen Deutscher
schildert in aufwühlender Erinnerung der ab
heute (Freitag) im

Capitol-Theater

gezeigte große vaterländische **UFA-Ton- und Sprechfilm**

Ein gewaltiges Gemälde von Preußens schwerster Zeit u. Auferstehung 1812, ein kraftvolles Bekenntnis zu Volk und Heimat, ein Werk das jeder Vaterlandsliebende gesehen haben muß.

Yorck, der Preußen mit eiserner Energie aus Zerrissenheit und Niedergang zu neuem Leben emporriß, ersteht als leuchtendes Symbol des Einigkeitsgedankens aufs neue. In noch nie dagewesener Weise vereinigt der Film in sich die Elite der deutschen Schauspielerschaft, an der Spitze Werner Krauß! Ferner Grete Mosheim, Rudolf Forster, Hans Rehmann, Paul Otto, Theodor Loos, Otto Wallburg, Hans Brausewetter, Jakob Tiedtke u. a. m.

Das Ganze ist ein Erlebnis von unwiederbringlicher Größe und Schönheit, das so recht in unsere Zeit paßt.

Dazu der UFA Ton- und Sprechfilm

KABARETT PROGRAMM!

mit Lotte Werkmeister, TRUDE BERLINER, Anny Ahlers, Siegfried Arno, Oska Sarbo, Ansager: Willy Schaeffers, Musikalische Leitung: Hans Sommer.

Im tönenden Beiprogramm:
Die tönende UFA-Wochenschau.
und den tönenden Lehrfilm:
Am laufenden Band.
Von der Herstellung d. Nähmasch.

Geöffnet Wochentags von 5 Uhr, Sonntags von 2 Uhr an.
Fahrräder, Motorräder werden aufbewahrt.
Während der warmen Jahreszeit ist das Theater angenehm kühl ventiliert.

---

†

Das Sechswochenseelenamt
für den verstorbenen
Herrn Herm. Hunhoff
findet am Samstag, dem 11. Juni, 8.30 Uhr, in der St. Georgskirche statt, wozu freundl. eingeladen wird

---

Maul- und Klauenseuche.

Unter den Rindviehbeständen der Nachgenannten: (4245
1. Wwe. August Böhling in Groin,
2. Karl Wessels in Groin und
3. Wwe. Wolbring in Mehrhoog

ist die Maul- und Klauenseuche erloschen.
Die Sperrbezirke sind aufgehoben worden.
Haldern, den 6. Juni 1932.
Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

In das Handelsregister Abt. A Nr. 196 ist am 3. Juni 1932 bei der Firma **Stern & Löwenstein, offene Handelsgesellschaft zu Bocholt,** folgendes eingetragen: Witwe Philipp Löwenstein, Ida geb. Meyer zu Bocholt ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Fabrikant Dr. jur. Max Stern zu Bocholt ist als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. (4247
Geschäftsstelle des Preuß. Amtsgerichts.

Rheder Spar- und Darlehnskassenverein
e. G. m. u. H.

Die diesjährige ordentliche
Generalversammlung
findet morgen, **am Samstag, dem 11. Juni, nachmittags um 5 Uhr,** im Saale des Herrn Wilh. Hengstermann zu Rhede statt, zu welcher die Mitglieder des Vereins freundlichst eingeladen werden. (4206

Tagesordnung:
1. Vorlage und Genehmigung der Rechnung und Bilanz für 1931.
2. Geschäfts- u. Revisionsbericht, Entlastung.
3. Wahl bezw. Wiederwahl statutenmäßig ausscheidender Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder.
4. Vortrag.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Knoblauchsaft
bringt die Gesundheit.
Knoblauch ist ein uraltes Hausmittel gegen Magen- u. Verdauungsstörungen, Madenwürmer und Verstopfung. Glänzend bewährt bei Bronchial-Katarrh, Asthma, Gicht, Rheuma, zu hohem Blutdruck und Leiden der Lungen, appetitanregend, blutreinigend und wirksam gegen Arterienverkalkung.
Flaschen zu 0.80, 1.20, 1.50, 2.40, 2.75.
Drogerie Bruns
Nordstr. 22 Telefon 2748.

Flugtag die Sensation in Bocholt

Vorverkaufsstellen: Temming & Heilborn, Nordstr., Drachter, Zigarrenhaus am Markt; Hotel Deutsches Haus, Neustr. (4176g
Erwachsene 1.— Mk. Vorverkauf 0.80 Mk.
Schüler 0.50 Mk. „ 0.40 Mk.
Erwerbslosen lösen an der Kasse.

Besuchen Sie
die niederrh. Ausflugs- und Erholungsstätte
Restaurant „Zur Rose"
am Rheinstrom zwischen Wesel und Xanten
Solide Verpflegung. Zeitgemäße Preise.
Heinrich Kaldenkirchen,
4242g) Konditorei—Café, Wesel

Die gesunde Kost!
Zum Brotaufstrich sowie für Süßspeisen empfehle (4166
ff. Speisequark Pfd. nur 38 Pfg.
Sahneschicht Paket ca. 1½ Pfd. nur 58 Pfg.
Kempers Delikatessenhaus
Telefon 2703. Nordstraße 12.

Autoleder (4230g
Autoschwämme
in bester Qualität, sehr preiswert
Drogerie Feldmann
Neustr. Ruf 2241

Dr. Ernst Richters Frühstücks Kräuter Tee
Schlank wollen Sie,
elastisch, jung und gesund bleiben durch Dr. Ernst Richters Frühstücks Kräutertee den ärztlich empfohlenen Schlankheits- und Gesundheitstee
Paket 1.80 RM.
Drogerie Maaß,
Osterstraße 25. Ruf 3328.

Turnverein Phönix.
Fußballabteilung
Heute (Freitag) 8 Uhr [e
Monatsversammlung.
Wichtige Tagesordnung.
DER VORSTAND.

Fahre mit Schnell-Lieferwagen
am 18.—20. Juni von **Königsberg — Berlin — Hannover** durch's Industriegebiet nach hier und nehme für diese Tour Frachten an. (4236
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Warzen? (4231g
dann nehmen Sie das bewährte Mittel
Warzentod.
Flasche 0.60 Mk.
Sicher wirkend.
Drogerie Feldmann
Neustr. Ruf 2241.

Sommersprossen
werden **unter Garantie** durch
VENUS Stärke B **beseitigt.** M 1.60 2.75
Gegen Pickel, Mitesser Stärke A.
Bocholt: Drogerie Maaß, Osterstr. 22. Drogerie Feldmann, Neustr. 13.

Auslieferungslager
verbunden mit Generalvertrieb unf. selbsttät. Waschmaschine D. R. P., welche jed. Quant. Wäsche in all. vorh. Waschkesseln von 40 bis 200 Ltr. Inh. ohne elektr. Strom wäscht, zu vergeben. Erfindung erst. Ranges. Verkaufspreis Mk. 29,50. Betriebsmittel notwendig.
Ang. unt. H. Z. 759 an die Ann.-Exped. D. Schürmann, Düsseldorf. (A 547

---

24 Webstühle
speziell für Gennacord und Velvet, von S. Lenz, Viersen 1928 gebaut, 38zöllig, einspulig, Fustian ganz modern, mit schmiedeeiserner Kurbelachse, mit Schneckenregulator, Seitenschlag, spottbillig abzugeben.
Offerten unter A. 549 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Reparaturwerkstatt
oder geeignete Räume mit oder ohne Wohnung gesucht.
Angeb. erbeten unter Nr. 4219 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Miele Rennmaschine
weil überzähl., billig zu verkaufen.
Augustastraße 13.